



Preußen.

Kammer-Verhandlungen.

II. Kammer. 57te Sitzung vom 20. Novbr.

Präsident: Graf Schwerin.

Am Ministertisch: v. Ladenberg, später Graf v. Brandenburg, v. Manteuffel, v. Schleinitz, v. d. Heydt.

Fortsetzung der gestern vertagten Debatte.

Behmer spricht zunächst für den Artikel, wie ihn die Verfassung vom 5. Dezbr. enthält.

Bied: Es ist schon oft ausgesprochen worden, daß man sich an die Bestimmungen der ersten Kammer anschließen möge, wenn man nicht in einem prinzipiellen Widerspruch mit ihr steht. Der Artikel, wie ihn die erste Kammer vorschlägt, will Konfessionschulen. Bis zum Jahre 1811 hat in Preußen die Kirche die Aufsicht über die Schulen geführt. Später ist die Aufsicht von den Geistlichen im Namen des Staats gelöst worden. Wenn wir das Amendement des Hrn. v. Kleist-Regow annehmen, so haben wir für die Kirche hinlänglich gesorgt.

Estlin erinnert an Plato, der die Erziehung zur Grundlage des ganzen Staatslebens machen wollte. Man könne dieser Absicht freilich nicht beitreten, denn sie verwechsle Schule und Staat. Aber was wolle man denn? Die Einen verlangten in unserer Zeit Trennung der Schule von der Kirche, Andere wollten einen allgemeinen Religionsunterricht eingeführt wissen, Andere — wie Schleiermacher — wollten gar keinen Religionsunterricht in den Schulen. Die Kirche habe allerdings Kirchenschulen gegründet, aber das seien nicht die Schulen, die wir jetzt hätten; Pestalozzi, dem man so oft den Vorwurf der Unchristlichkeit gemacht habe, sei der Gründer dieser Schulen, eben so die hochselige, unvergessliche Königin Louise und Friedrich Wilhelm III. Er glaube nicht, daß Schule, Kirche und Staat nicht selbstständig neben einander stehen könnten. Man könne der Schule gegenüber mittelst der Lokalinspektion alle Interessen wahren. So lange es christliche Eltern gebe, werde die Schule auch Konfessionsschule sein. Er stimme für die Fassung vom 5. Dezbr. 1848.

Minister v. Ladenberg empfiehlt wiederholt das Amendement Kleist-Regow.

Keller als Referent: Die Vorschläge der ersten Kammer stimmten im Wesentlichen mit denen der Kommission überein, die Fassung der ersten Kammer sei aber nicht präcis genug, er wünscht deshalb, wenn man die Fassung der ersten Kammer annehme, daß man auch das Amendement des Hrn. v. Kleist-Regow annehme. Ueber das Amendement Kleist-Regow: (an Stelle Alinea 2 des Vorschlags der ersten Kammer zu setzen: — „Die Organe der betreffenden Religionsgesellschaften nehmen mit Rücksicht darauf an der örtlichen Leitung der Volksschule Theil“ — wird namentlich abgestimmt und dasselbe mit 182 gegen 118 Stimmen (worunter die des Hrn. v. Griesheim) angenommen. Sonst eingebrachte Amendements werden verworfen. — Ueber die Fassung, welche die erste Kammer für den ganzen Artikel 11 vorschlägt, mit der Veränderung, welche Herr v. Kleist-Regow beantragt, wird namentlich abgestimmt, und der ganze Art. 21 mit dieser Veränderung mit 182 gegen 119 Stimmen angenommen.

Art. 22 lautet nach dem Vorschlage der ersten Kammer: „Die Mittel zur Errichtung, Unterhaltung und Erweiterung der öffentlichen Volksschule werden von den Gemeinden, und im Falle des nachgewiesenen Unvermögens ergänzungsweise vom Staate aufgebracht. Die auf besonderen Rechtstiteln beruhenden Verpflichtungen Dritter bleiben bestehen. Die Volksschullehrer erhalten ein, den Lokalverhältnissen angemessenes Einkommen. Den Kindern unbemittelter Eltern wird der Unterricht, welchen der Art. 18 als gesetzlich nothwendig anordnet, unentgeltlich erteilt.“

Die Revisions-Kommission schlägt vor: „Die Mittel“ 1^o bis „bleiben bestehen“, wie die erste Kammer. „Der Staat gewährleistet demnach den Volksschullehrern ein festes, den Lokalverhältnissen angemessenes Einkommen. In der öffentlichen Volksschule wird der Unterricht unentgeltlich erteilt.“

Minister v. Ladenberg spricht sich gegen das von verschiedener Seite aufgestellte Prinzip aus, bei Unvermögen der Gemeinden den Kreis, den Bezirk, die Provinz heranzuziehen. — Der Staat habe zunächst das Interesse an der Bildung der Jugend, deshalb müsse er eintreten, wenn die Kräfte der Gemeinde nicht mehr ausreichen, es sei dies auch bisher geschehen, man möge es jetzt auch als Prinzip aussprechen. — Der Herr Minister spricht noch warm für die Gewährleistung eines bestimmten auskömmlichen Gehaltes für die Volksschullehrer Seitens des Staates und für unentgeltliche Ertheilung des Unterrichts in der Volksschule.

Vizepräs. Simson übernimmt den Vorsitz.

Reichensperger spricht gegen den unentgeltlichen Unterricht; ebenso wie man die Bildung gewährleisten müsse man auch den leiblichen Unterhalt gewähren, es sei dies eine Anerkennung der sozialistischen Prinzipien.

Min. v. Ladenberg: Die Erhebung des Schulgeldes sei in Preußen eine Ausnahme, nach dem Gesetze, nach Tit. 12 Th. II des allgemeinen Landrechts sei die Besteuerung in Preußen schon bisher eingeführt gewesen. Der Demokratie mache die Regierung keine Konzessionen, sie lasse sich nur von dem allgemeinen Bedürfnisse des Staatswohls leiten.

Riedel vertheidigt den unentgeltlichen Unterricht und das Prinzip der Besteuerung zur Unterhaltung der Gemeindeschule. Man möge das Unterrichtswesen nicht in das Gebiet der Armenpflege hinüberspielen lassen. Man möge nicht zwischen bemittelten und unbemittelten Kindern in der Schule unterscheiden lassen, das würde immer nachtheilig auf die Jugend wirken. Bei der Festhaltung des Schulgeldes besteuere man die größere Ausgabe, er wolle eine zweckmäßige Besteuerung, die des Einkommens. Es ist auf Schluß und Vertagung der Diskussion angetragen, der Schluß wird beliebt. (Graf Schwerin übernimmt wieder den Vorsitz.) Keller als Berichtersteller.

Art. 22 wird in der von der Kommission vorgeschlagenen Fassung angenommen.

Art. 23 (nach dem Vorschlag der 1. Kammer) lautet: Ein besonderes Gesetz regelt das ganze Unterrichtswesen.

Die Kommission schlägt vor: „das gesammte Unterrichtswesen.“

Stiehl will unter die transitorischen Bestimmungen folgenden Artikel aufgenommen haben: „bis zum Erlaß des im Art. 23 vorgesehenen Gesetzes bewendet es hinsichtlich des Schul- und Unterrichtswesens bei den jetzt geltenden gesetzlichen Bestimmungen“; — diesen Vorschlag empfiehlt auch Minister v. Ladenberg.

Reichensperger gegen Stiehls Vorschlag, derselbe könne möglicherweise den ganzen Tit. illusorisch machen.

Estlin hat dieses Bedenken nicht. — Art. 23 wird in der Kommissionsfassung beliebt und die von Stiehl vorgeschlagene transitorische Bestimmung zum Beschluß erhoben. — Die von der ersten Kammer beliebte Ueberschrift des Titels: „Vom Religions- und Unterrichtswesen“ wird nicht acceptirt.

Präsident Graf Schwerin macht darauf aufmerksam, daß man mit der materiellen Berathung der Verfassung zu Ende sei und daß die Kommission Vorschläge machen werde über die Form, in welcher eine Ausgleichung der Differenzen zwischen beiden Kammern erfolgen solle.

Noch wird der Antrag der Geschäfts-Ordnungs-Kommission, die Rednerliste durch das Loos bestimmen zu lassen, zum Beschluß erhoben.

(Schluß der Sitzung: 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung: Morgen 12 Uhr.)

Berlin, 20. Nov. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem Bataill.-Arzt Dr. v. Gussnar des Füsilier-Bataillons vom 18. Infanterie-Regiment den rothen Adler-Orden vierter Klasse; so wie dem Kaufmann Brinkhaus zu Warendorf, dem Stabs-Trompeter Schramm und dem Kanonier Weisiger der 6ten Artillerie-Brigade, dem Unteroffizier Rodenbeck vom 39ten Infanterie-Regiment (7tes Reserve-

Regiment) und dem Musketier Schwirz v. II. des 23ten Infanterie-Regiments die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen; und den Staats-Prokurator Georg Wilhelm Theodor v. Ammon zu Düsseldorf zum Ober-Prokurator bei dem Landgerichte zu Elberfeld zu ernennen.

Der Kreis-Physikus, Sanitäts-Rath Dr. Eitner zu Steinau ist in gleicher Eigenschaft in den Kreis Ohlau versetzt worden.

Ihre Hoheiten der Herzog und die Herzogin von Sachsen-Altenburg sind nach Altenburg abgereist. Ihre Hoheit die Prinzessin Karoline von Hessen ist heute nach Kassel abgereist.

Das 38te Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter: Nr. 3182 die allerb. Erlasse vom 2. Oktober d. J., betreffend die Errichtung eines Gewerbegerichts für den Polizeibezirk der Stadt Stettin mit Einschluß der Ortsgemeinschaft Kupfermühle; und Nr. 3183 vom 5. Novbr. d. J., betreffend die Einsetzung einer besondern Behörde mit der Firma: „Königliche Direktion der Ostbahn“ und die veränderte Bezeichnung der bisherigen Kommission für die westfälische Eisenbahn; alsdann Nr. 3184 die Bekanntmachung vom 10. desselben Mts. wegen Bildung einer Aktien-Gesellschaft unter dem Namen „Römer-Berg-Berein“ zu Köln; Nr. 3185 desgl. vom 12. d. über die allerb. Bestätigung des Statuts des zur Fortführung der von der Handlung Mathias Stinnes zu Mülheim an der Ruhr bisher betriebenen Handelsgeschäfte unter dem Namen: „Matthias Stinneschen Handelsgeschäfte-Aktien-Gesellschaft zu Mülheim an der Ruhr“ zusammengetretenen Aktien-Bereins; ferner Nr. 3186 vom 13. d. M., wegen Bildung einer Aktien-Gesellschaft unter dem Namen: „Gasbeleuchtungs-Aktien-Gesellschaft zu Breslau“; und Nr. 3187 von demselben Tage der von den Kammern erteilten Genehmigung zu der unter dem 18. Dezember 1848 erlassenen Verordnung über die bauerliche Erbsfolge in der Provinz Westfalen.

A. Z. C. Berlin, 20. Novbr. [Tagesbericht.]

Der Prinz von Preußen soll gesonnen sein, diesmal nur 5 Tage hier zu verweilen und dann seine Reise sofort durch die Rheinprovinz und Westfalen fortzusetzen. — Die Vertreter Hannovers und Sachsens sollen gestern ziemlich Bestürzung verrathen haben, als sie vernahmen, daß der Reichstag nunmehr definitiv ausgeschrieben und am 31. Januar 1850 in Erfurt eröffnet werden würde. Sie haben diese Mittheilung gestern Nachmittag sogleich nach Hannover und Dresden telegraphiren lassen. — Die Weihnachts-Ausstellung in Kroll's Lokale wird mit dem 9. Dezember beginnen. Sie soll in diesem Jahre ungewöhnlich glänzend werden, und dürfte wieder viel Fremde herbeilocken. — Der General v. Wrangel hat der Componistin, Fräulein Amalie Dietrich, für das ihm dedicirte „Wrangel-Lied“ sein Bildniß mit seiner eigenhändigen Unterschrift geschenkt. — In mehreren Vereinen waren gestern Abend zu Ehren des Namens-tages der Königin, Bälle, Konzerte und andere Festlichkeiten veranstaltet. In sämtlichen Theatern wurden Festreden gehalten. Im Schauspielhaus wurde das neue historische Original-Schauspiel der Madame Birch-Pfeiffer: „Mazarin“, und im Opernhaus Nicolai's Oper: „der Verbannte“, zum ersten Male zur Aufführung gebracht. — Unter den Reden bei dem gestrigen städtischen Feste war die des Ministers v. Manteuffel durch ihren Inhalt, wie die Haltung des Redners die einzige bedeutungsvoll hervortretende. Es lag etwas Prophetisches in seinem Wesen, welches um so allgemeiner ansprach, als er mit dem Hinweis auf eine Versöhnung in den Herzen vieler, welche die jüngsten demonstrativen Feste entschieden gemißbilligt hatten, einen lebendigen Anklang fand. Die Störung, welche das Fest, wie wir bereits gestern am Schluß andeuteten, durch den Versuch einer politischen Oppositions-Demonstration erlitt, bildet heute das Tagesgespräch, wobei sich zwar die Parteilichkeit ebenfalls bekundet, dennoch aber die Mißbilligung einer Opposition, die mindestens gesagt, taktlos und durchaus ungehörig war, die Oberhand behauptet. — In Folge der im Jahre 1842 verfügten Aufhebung der Bordelle haben die syphilitischen Krankheiten hier gegenwärtig einen so erschreckenerregenden Umfang erreicht, daß die bisherigen Hospitäler zur Aufnahme der Erkrankten nicht mehr ausreichen. Die Polizei hat deshalb die städtische Behörde dringend zur schleunigen Beschaffung erweiterter Anstalten veranlaßt und schweben darüber augenblicklich die Verhandlungen. Gleichzeitig hat aber nunmehr das Polizei-Präsidium nach Anhörung eines Rathes unserer ersten Aerzte und

Polizeibeamten, welche sich einstimmig für die absolut nothwendige und ungesäumte Wiedereinführung der Bordelle erklärten, dieserhalb einen dringenden Bericht an das Kabinett des Königs erstattet.

C. B. Berlin, 20. Novbr. [Kommissionsgutachten zur deutschen Frage. — Vermischtes.] Der von Camphausen abgefasste Kommissionsbericht über die von der Regierung unterm 27. Oktober anderweit vorgelegten Aktenstücke zur deutschen Frage spricht sich sehr energisch gegen die Regierungen aus, die vom Vertrage vom 26. Mai abgegangen sind. „Man darf um so mehr — sagt der Bericht — der Hoffnung Raum geben, daß die Vertragspflicht sich stärker erweisen werde, als die Neigung sich ihr zu entziehen, als die deutschen Regierungen sich der Erkenntnis nicht verschließen können, wie gefährlich es sei, den Beweis schuldig zu bleiben, daß die Nationalversammlung zu einem glücklichen Ziele hätte führen können, wenn sie auf der Grundlage der Vereinbarung der deutschen Regierungen unter sich und mit der Versammlung stehen geblieben wäre; wie gefährlich es sei, wenn der Vorwurf der Rechtsverletzung, welcher in der eben vergangenen Zeit so häufig und mit Grund von oben nach unten gemacht werden mußte, nunmehr dauernd und öffentlich zwischen den Regierungen selbst gewechselt werden sollte.“ Nachdem hierauf die Entschlossenheit, Offenheit und Rechtlichkeit in dem Verfahren der preussischen Regierung durch Darlegung aller Schritte, die sie seit dem 26. Mai gethan, ausgesprochen ist, wird unter Anknüpfung an die Instruktion der österreichischen Regierung, welche die Gesichtspunkte bezeichnete, von welchen aus Oesterreich seinen Konsens und Dissens zu den betreffenden Punkten des Vertrages rechtfertigt, gezeigt, daß, wenn Oesterreich in jener (noch nicht veröffentlichten) Instruktion auf die Ausführung der Bundesgesetzgebung ein besonderes Gewicht lege, von allen deutschen Regierungen Oesterreich an der Abänderung oder Aufhebung bestehender Bundesgesetze und organischer Einrichtungen des Bundes den unmittelbaren und thätigsten Antheil genommen habe: Graf Colloredo habe am 7. April den Vorstoß geführt, als der Bundestag die Berufung einer konstituierenden Versammlung aus allgemeinem Wahlrecht beschloß; zu Gunsten eines österreichischen Prinzen sei die Bundesversammlung aufgehoben worden; der Bundespräsidial-Gesandte v. Schmerling habe unterm 12ten Juli v. J. die Auflösung der Bundesversammlung Namens seiner Regierung ausgesprochen, und durch die Uebereinkunft vom 30. September endlich erkenne die österreichische Regierung noch jetzt an, daß die Bundesverfassung und Gesetzgebung in den wesentlichsten Theilen nicht mehr bestche. Den Schluß des Berichtes bildet eine Aufzählung der Vortheile, welche der Abschluß des Vertrages vom 30. September für Preußen zur Folge habe. Er verringere die zwischen Oesterreich und Preußen obschwebenden Differenzen und nehme ihnen „beinahe jede praktische Anwendbarkeit“, er modifizire „den Zustand politischer Isolirung, worin Preußen durch das Verhalten deutscher Regierungen und durch deren Abwendung von dem Plane einer bundesstaatlichen Einigung versetzt war“, nicht unerheblich etc. — Nach einer uns so eben zugehenden Mittheilung, die indeß vielleicht mehr auf den frommen Wünschen der Freunde einer unverkürzten Öffentlichkeit als auf einer Thatfache beruht, würde die Verhandlung gegen Waldeck im Zellengefängnis bei Moabit, in welchem der Polenprozeß seiner Zeit verhandelt wurde, stattfinden. — Vor dem Schwurgericht wurde heute ein sehr komplizirter Betrugprozeß gegen den Regierungs-Assessor und Landwehr-Hauptmann Müller verhandelt. Die Verhandlung fand im Kontumazialverfahren statt, da der Angeklagte flüchtig geworden ist. Seine Verbrechen bestanden hauptsächlich in der Fälschung von Hypothekeninstrumenten. Er ist zu einer Strafarbeit von zwei Jahren, Ersatz der Summe von 12,500 Mkr., eventuell einer dafür abzubüßenden Strafe von 6 Jahren, verurtheilt worden.

P. C. Berlin, 20. Novbr. [Man streitet über die Bedeutung und die Folgen des preussisch-österreichischen Interims.] Diese Conversion hat das Eigenthümliche, daß sie von keiner Seite mit großem Beifall aufgenommen, daß sie von den beiden Parteien, die Deutschland getheilt halten, fast in gleichem Grade argwöhnisch angesehen und daß sie trotz aller Opposition dennoch anerkannt wird. Es ist dies ein deutliches Zeichen von der Lage, in der sich heute die deutsche Angelegenheit befindet. Es ist die Stimmung, die den Muth und die Zuversicht verloren hat, Neues zu schaffen, und die sich in die vorhandenen Thatfachen fügt. Es ist klar: die Eine ungetheilte Herrschaft des großen vaterländischen Gedankens über die Gemüther ist zu Ende gegangen und Deutschland fügt sich in die getheilte Herrschaft der zwei großen Mächte, von denen die eine die Devise trägt: konstitutioneller Bundesstaat, die andere: kein Deutschland ohne Oesterreich. In diese Zweifel gehen die untergeordneten Mächte Deutschlands heute auf. Man kann sich nicht wundern, daß in dem Augenblicke, wo die nationale Begeisterung von der erstrebten Neuschöpfung

zurücktritt, wo das Streben nach nationaler Einheit nicht weiter den Mangel an genügenden staatsrechtlichen Formen vergessen macht, daß da wenigstens das Gerippe der alten Staatsverträge, auf denen Deutschlands Bundesverfassung ruht, wieder an Licht tritt. Man kann sich nicht wundern, daß die beiden Mächte, um deren auseinandergehende Prinzipien sich Deutschland gruppiert hat, und von denen die eine die andere nicht hat überwinden können, einen Compromiß eingegangen sind, der der Entwicklung ihrer divergirenden Grundsätze theils freien Spielraum läßt, theils Schranken setzt. Der Dualismus, ausgesprochen in der Gründung der neuen Centralgewalt, kann auch in ihren Folgen und Wirkungen sich nicht verleugnen. Während Preußen zu seinen Verbündeten sagt: ich betrachte mich bei der Bundeskommission als euren Vertreter, legt Oesterreich gegen den Bundesstaat einen indirekten Protest ein. Es ist ein Waffenstillstand, in welchem sich der Konflikt fortzieht; der Streit ist da, aber er sucht friedlichere Formen. Und das ist die Lage unserer Verhältnisse. Auf unserer Seite giebt es keine andere Propaganda, als die strenge Entwicklung konstitutioneller Grundsätze und das unaufhörliche Bemühen, die kleineren Staaten Deutschlands aus der Enge und Unmöglichkeit konstitutioneller Formen in die Gemeinschaft erweiterter Formen zu ziehen. — Ist dies die Lage der Dinge, ist dies die faktische Bedeutung des Interims: dann erneut sich bei uns ein Stück deutscher Geschichte aus dem 16ten Jahrhundert. Was waren alle jene Reichstagsbeschlüsse in den zwanziger, dreißiger, vierziger Jahren jenes Jahrhunderts, als die Anerkennung des faktischen Zustandes, die Vertröstung auf endliche Lösung? Jedesmal kam man überein, es solle bei dem Bestehenden einstweilen sein Bewenden haben, die Reformation solle nicht weiter greifen, sie solle aber auch in dem letzten Bestand für jetzt nicht gestört werden. Aber den Prinzipien, die sich der Völker bemächtigen, läßt sich kein Stillstand gebieten. Die Reformation griff weiter, und der Compromiß mußte erneuert werden. Können wir nach dieser Analogie einen andern Fortgang erwarten? Der nationalen Idee ist es nicht gelungen, mit Einem Schläge Deutschland zu erobern; sie läßt sich aber durch Conventionen nur scheinbar Stillstand gebieten. Ueber die Thatfachen giebt es nur Eine überlegene Macht, und das sind die Ideen.

[Städtisches Fest.] Zu dem gestern von den städtischen Behörden im Mielenischen Saale veranstalteten Festessen zur Feier des Jahrestages der Verleihung der Städte-Ordnung vom Jahre 1808 waren auch, wie wir schon im Morgenblatte erwähnten, die Herren Minister eingeladen. Mit Ausnahme des Herrn Grafen v. Brandenburg waren sie sämmtlich erschienen, außerdem waren als Ehrengäste der Hr. General v. Wrangel, der Hr. General v. Thümen, die Präsidenten beider Kammern gegenwärtig. Der Saal war passend decorirt. Das Fest wurde mit einem Gesang eröffnet und demnächst von dem Herrn Bürgermeister Maunyn der erste Toast auf Se. Majestät den König ausgebracht. Der zweite Toast galt J. M. der Königin, welcher mit einem bezüglichlichen Liede eingeleitet und von dem Stadtverordneten-Vorsteher Hrn. Seidel ausgebracht wurde. Herr Stadtrath Cuvry ließ Se. k. h. den Prinzen von Preußen hochleben. Später wurde ein Trinkspruch durch den Stadtverordneten Hrn. Schäfer den Gästen, insbesondere den Ehrengästen gebracht, in deren Hände zum Theil die Geschicke des Vaterlandes gelegt sind. Der Herr Minister des Innern nahm hierauf das Wort.

„Ich danke Ihnen, meine Herren, für diesen ehrenvollen Gruß. Ich würde ihn mit einem heitern Wort erwidern, allein die erste Zeit erfordert ein ernstes. Wir begehen das Fest des Anfangs einer freisinnigen Organisation; wir blicken aber dabei auf die nächste Vergangenheit und Zukunft zurück. Das Jahr 1848 liegt hinter uns, das Jahr 1849, dem Scheiden nahe, neben uns. Das Jahr 1848 war das große Bestrebungen, schwerer Verirrungen; es hat viel zerstört, wenig geschaffen, und — ist dennoch nicht verloren! (Lautes Bravo.) Das Jahr 1849 hat neue Staatsformen gebracht, die Ruhe hergestellt, den tief erschütterten Erwerb besichtigt, doch die Aufgabe ist noch nicht gelöst. Es fehlt noch an der ganzen und vollen Versöhnung. In dem großen Bau unseres Vaterlandes sind viele Richtungen berechtigt, haben der Ansichten viele Raum. Nur eine ist nicht berechtigt, die der Zerstörung, des Treubruchs, des Umsturzes. (Bravo.) Es sind die Mittel gegeben, alle diese Richtungen gesellig zur Geltung zu bringen. Doch verschiedene Farben und Parteen trennen noch die Nationen; es fehlt auch in dieser Stadt nicht daran. Lassen Sie uns aber, meine Herren, die Signale der Parteen wegwerfen und uns unter das Banner des Königs und Vaterlandes schaaren. Die Zeit fordert Großes; Preußen muß in Erfüllung dieser großen Forderungen vorangehen! Das Buch der Zukunft liegt verschlossen vor uns; allein es enthält Verheißungen für Deutschland, für Preußen und für Berlin. Der Weg der Gesehmäßigkeit und Treue erfüllt diese Verheißungen. Ereren Sie

denn die Gläser, meine Herren, auf die Erfüllung dieser Verheißungen, dieser großen Zukunft, auf das Wohl dieser Stadt!“

Dieser Rede folgte ein anhaltender Beifall. — Wir fühlen uns gleichfalls gedrungen, den von dem Herrn Minister ausgesprochenen Gesinnungen unsere volle Anerkennung zu zollen. Es muß der Grundgedanke unserer Politik sein, die Versöhnung der Parteen, so weit sie möglich ist, unter dem Banner der Verfassung zu bewirken. Sie ist nur möglich, wenn man erkennt, daß in dem Neubau unseres Vaterlandes „viele Ansichten Raum haben.“ Wir hoffen, diesen Standpunkt, so wie die lebhafteste, von Herrn v. Manteuffel den Forderungen der Zeit dargebrachte Huldigung in den Handlungen des Ministeriums betätigt zu finden.

(C. 3.) [Budget.] Mit Vergnügen bemerken wir, daß die Kommission sich gegen das Unwesen der Gratifikationen erklärt hat. Von einer Beamtenwelt, wie die preussische, erwartet Jedermann, daß sie ihre Schuldigkeit thue, ohne durch Geschenke dazu angetrieben zu werden. — Es ist wahr, manche Posten sind so schlecht, daß der Inhaber einer Unterstützung bedarf. Hier trete der Spruch ein: Jeder Arbeiter ist seines Lohnes werth. Man verbessere das Gehalt, denn es ist eines unabhängigen Charakters unwürdig, Geschenke durch die Vorgesetzten zu empfangen. — Der Bericht des Repetitors wird durch die Gratifikationen genährt, und es darf nicht immer angenommen werden, daß derjenige, welcher sie empfing, dem Staate die treuesten Dienste geleistet habe.

[Keine Ausnahmemaßregeln.] Sämmtliche berliner Korrespondenzen und Zeitungen meldeten in der jüngsten Zeit von Gerüchten, die Schließung der Klubs oder gar die nochmalige Verhängung des Belagerungszustandes betreffend. Es fehlte nicht an Aufforderungen, die Regierung möge in einem offiziellen oder halb-offiziellen Organe zu erkennen geben, was an diesen Gerüchten Wahres sei. Die Nr. 608 der als halb-offiziell bekannten „Deutschen Reform“ bringt nun einen Artikel über den bergegenstand, aus welchem hervorgeht, daß die Regierung weder die Absicht hat, die Klubs zu schließen, noch den Belagerungszustand über Berlin zu verhängen.

(Sitzung vom 6. Novbr.) Prüfung des Staatshaushaltsetats. — 300,000 Rthl. zu Gnadenbewilligungen aller Art, auf Anordnung Sr. Majestät des Königs meist zu Kirchen- und Schulbauten, zu Reetablissements, Vorschüssen, Darlehen, Unterstützungen an Wittwen u. s. w. Der Antrag, diesen Posten, welcher im Grunde nur eine Erhöhung des Kronfideikommisses enthalte, und da eine unmittelbare Verwendung von Staatsgeldern durch den König für konstitutionell gelten müsse, ganz zu streichen, event. den einzelnen Ministerial-etats zuzuschlagen, wurde auf Grund der Erwägung abgelehnt, daß das konstitutionelle Staatsrecht gewahrt sei, wenn die einzelnen königl. Bewilligungsordres durch den Finanzminister kontrassegnirt, und der Fonds im Ganzen nicht überschritten würde, daß man aber mit der ganzen Streichung des Postens ein Band zerschneiden würde, welches nach preussischen Anschauungen und preussischer Sitte das Volk in Zeiten der Noth bisher stets unmittelbar an den König gebettet habe.

700,000 Rthl. zu unvorhergesehenen Ausgaben. Früher betrug dieses Extraord. 1,500,000 Rthl. Die Nothwendigkeit der Ermäßigung auf den jetzigen Betrag wurde anerkannt.

In Falkenberg (Regierungs-Bezirk Köslin), einem Städtchen von 3000 Einwohnern, raffte die noch immer dort hausende Cholera vom 8. Oktober bis 8. November 200 Menschen hinweg.

Die Amazone (preussisches Kriegsschiff), welche in Stettin vor Anker liegt, wird nächstens nach Danzig gehen. Die darauf sich befindenden Cadetten werden während des Winters die Cadettenschule zu Stettin besuchen.

C. C. Potsdam, 19. Novbr. [Feier.] Die am heutigen Tage stattfindende Feier des allerb. Geburtstages Ihrer Majestät der Königin wurde in dem engeren Kreise der königlichen Familie begangen, da Allerhöchst-dieselben eben erst von einer heftigen Erkältung wieder hergestellt waren. Eine Gratulationscours und Empfang von Deputationen fanden daher nicht statt. Die Glückwünsche der Mitglieder der königlichen Familie und der zahlreich anwesenden fürstlichen Gäste nahmen Ihre Majestät die Königin bei dem Frühstück entgegen. Gleichzeitig waren die Hofstaaten versammelt, um Ihrer Majestät ihre Gratulationen darzubringen. Das Diner ward en famille eingenommen. Der Tag ward mit einer musikalischen Soirée geschlossen, bei der vorzüglich Demoiselle Lind mitwirkte.

(St. Anz.) † Posen, im November. [Die polnischen Legionen in Ungarn. — Fortsetzung.] Der Oberstleutnant Bulharyn, der im Auftrage und Namen Wpsockis die dritte, vierte und fünfte Kompagnie gebildet hatte, dachte jetzt nur daran, sich zum abgesetzten Führer dieser Truppen zu machen, und der Major Rembowski, welcher der Organisator der polnischen Jäger war, strebte ebenfalls darnach, das alleinige Kommando zu erringen, und ernannte sich aus eigener Machtvollkommenheit zum Obersten. Meszaros, dem die Sache vorgelegt und der von beiden Seiten bearbeitet wurde, entschied endlich für Bulharyn, als dem Älteren dem Range nach. Bulharyn, ernannt durch den Kriegsminister, dachte nun jedes Hinderniß besiegt

*) Vergl. 268 und 269 der Bresl. Ztg.

zu haben, und trat gegen die polnische Legion sehr scharf auf, indem er durch Strenge jeder Intrigue Rembowski's vorzubeugen glaubte. Indem er Jedem, der sich seinen Befehlen entziehen wollte, den Tod drohte, war bei allen seinen Anreden an die Truppen das dritte Wort: „Ich werde Euch die Kugel in den Kopf packen lassen.“ Der republikanische Rembowski verlor nicht die Hoffnung, schlug jedoch, um zum Ziele zu gelangen, den entgegengesetzten Weg ein. Er hatte sich nur mit jungen Leuten umgeben, denen er auch leicht Offiziersrang ertheilte, schmeichelte seinen Untergebenen durch demokratische Formen, hielt nicht auf Kriegszucht, vielmehr spottete er über die alten Emigranten von 1831 als Egoisten, an den Gamaschen dienst gewöhnt, eitel auf frühere Kriegsdienste, während sie, junge Leute, fürs Vaterland siegen oder sterben wollten. Der Führer der Polen konnte auch nur durch die allgemeine Wahl der polnischen Truppen, nicht durch Ernennung der Ungarn, bestimmt werden. Am meisten behagte seine Erklärung: „Der Führer müsse jeden seiner Mitkämpfer als Bruder betrachten und behandeln und keinen Tropfen Blut der Seinigen ohne Noth in Gefahr bringen.“ An dem zum Marsche bestimmten Tage stellte Meszaros den versammelten polnischen Truppen den Bulharyn als Kommandanten des Korps vor. Zu seinem Erstaunen traten hierauf die Jäger des Rembowski, auch ein bedeutender Theil der übrigen Truppen und später die Artillerie mit der Erklärung vor, daß sie nur den Rembowski als Führer anerkennen, sonst die Waffen niederlegen würden. Meszaros, sehr erzürnt, hatte nicht die Entschiedenheit, die Aufrührer standrechtlich zu bestrafen, sondern wiederholte nur nochmals seinen Befehl und ritt davon. Bulharyn marschierte mit den ihm Treugebliebenen aus, Rembowski hingegen machte eine von seinem Anhang unterzeichnete Eingabe an Kossuth und ging nach Debreczyn, wo er den Klapka als Nachfolger des Meszaros antraf und dem die Sache so geschickt darzustellen verstand, daß ihn Klapka zum Anführer der unter seinem Kommando stehenden Polen ernannte und zugleich den Befehl ertheilte, nach Munkacz zu gehen und sich dort vollkommen zu organisiren, ehe er auf die Kriegslinie eintrete. Diese Entscheidung machte bei der Rembowski'schen Partei große Freude, und nur noch Wyszocki, als Stifter und natürlicher Ober-Anführer der polnischen Legionen, stand dem ehrfurchtigen Rembowski im Wege. Wyszocki hatte zur Geschäftsführung in Angelegenheit der polnischen Legionen beim ungarischen Ministerium den Kapitän Zurowski kommandirt. Zurowski holte die unter Rembowski marschirenden Truppen in Tokay ein, und forderte sie zur Einigkeit und Subordination auf, was den Rembowski so in Harnisch brachte, daß er dem Zurowski mit Erschießen drohte. Zurowski ließ sich jedoch nicht abschrecken, sondern zog mit nach Munkacz, wo sich die polnische Legion durch die in der Festung stehenden Polen bis auf fünf Kompagnien Jäger, eine Schwadron berittener Krakusen und 3 Kanonen vermehrte. Hier begannen die Intriguen ums Kommando im vergrößerten Maßstabe. Rembowski erlaubte sich nun jedes Mittel gegen Zurowski, um Führer zu bleiben. Er bildete zu diesem Zwecke eine Fährnischule aus den ihm ergebensten Anhängern, aus der nur die Offiziere hervorgehen sollten, in der er Unterricht ertheilte und der er große Vorrechte gab. Kaum war diese Rembowski'sche Personalarbe errichtet, so stürzte er den einen Morgen beim Frühappell zu seinen Truppen, erzählt ihnen, daß man ihn in der Nacht habe ermorden wollen, und bezeichnete den Kapitän Zurowski und die Offiziere Wolf und Zabicki, als seine Hauptgegner und Hauptschuldige des beabsichtigten Mordes. Alle schreien: todtschießen, hängen; doch ging dieses nicht ohne Einwilligung des Kommandanten von Munkacz. Es wurde demnach ein Kriegsgericht aus Anhängern Rembowski's zusammengelegt, welches aber nach dreitägiger Untersuchung klar fand, daß die ganze Geschichte eine nichtswürdige Erfindung Rembowski's war und ihn nun selbst vorforderte. Rembowski, in der Klemme, stimmte nun einem andern Ton an. Er hob das Kriegsgericht auf und befahl den sofortigen Ausmarsch nach Galizien. Jetzt aber erhob sich eine furchtbare Anarchie unter den Polen. Die Offiziere wollten nach diesen Vorgängen nicht mehr dem Rembowski gehorchen, der nun seine Fährnischule zusammenrief und sofort neue Offiziere wählen lassen wollte. Der Lärm, das Geschrei und Gesänge dauerte zwei Stunden in den Straßen von Munkacz; doch war der Anhang Rembowski's, dessen laze Subordination die Truppen sehr ansprach, sehr groß, so daß es zur Einigung kam, die Fährnischule aufgegeben wurde, ein Offizier die Entlassung bekam, und das ganze Korps unter Rembowski's Befehl nach Galizien aufbrach. Zurowski ging nach Debreczyn. Als wir in Berecko an der Grenze angekommen waren, drangen wir den 3. Februar in Galizien ein. Wir fanden weder Truppen, noch Grenzüjäger, die bei Zeiten entflohen waren, und kehrten nun wieder nach

Berecko zurück, um ausgeruht den 7. Februar wieder vorzugehen. Jetzt begrüßte uns eine Abtheilung Oesterreicher oben auf dem Gipfel der Beschiebung mit Rottefeuer; wir drangen jedoch, im Schnee bis an den Leib, vor, trieben den Feind von der Grenze und kehrten nun wieder nach Berecko zurück. Durch dieses Hin- und Herziehen hatte wohl Rembowski die Absicht, einen Aufstand in Galizien hervorzurufen, und dann einzufallen und eine Rolle zu spielen. In derselben Nacht unser Rückmarsches erhielt Rembowski den Befehl, nach Debreczyn mit seinem Korps zu gehen. Wir kehrten auch nach Munkacz zurück, hier aber blieben wir, und Rembowski ging allein mit einem Offizier und ein Paar Krakusen nach Debreczyn. Der Kapitän Dembinski, ein großer Anhänger Rembowski's, übernahm indessen das Kommando. Da der Kommandant von Munkacz und die Behörden darauf drangen, daß die Polen, dem Befehle gemäß, nach Debreczyn gehen sollten, marschirte endlich Dembinski aus, aber nur bis Ungvar. Der Kommandant der Festung, Martini, kam nun selbst nach Ungvar und wiederholte den Befehl. Wir kamen aber mit dem rückkehrenden Rembowski nach Munkacz zurück, und erfuhren hier, daß die Sache des Rembowski schlecht stände, obgleich er selbst erklärte, daß wir als abgesonderte Brigade unter seinem Kommando zur Armee des Bem nach Siebenbürgen gehen würden. Die erste Schmach traf uns gleich, daß man uns die 3 Kanonen, die wir hatten, abnahm. In Debreczyn ging das gegen den in der letzten Zeit diktatorisch befehlenden Rembowski aufgebracht Offizierskorps zu Kossuth, und der ehrgeizige Rembowski wurde endlich entfernt. Wir Offiziere beschloßen nun, den uns bekannten braven Obersten Borzecki, der in Ascherleben sich aufhielt, aufzufordern, den Oberbefehl übernehmen zu wollen. Unser Abgesandte, der Lieutenant Kalixt Maryan, erkrankte aber schwer in Kaschau, und es kam demnach nicht zur Ausführung unserer Wahl. — Bisher habe ich offenerzig von den unter uns herrschenden Untrüben erzählt. Wir haben dies Schmäbliche derselben aber bald durch unsere Tapferkeit und unsere muthigen Thaten vergessen gemacht, wie ich jetzt weiter berichten werde.

Posen, 19. Novbr. [Eisenbahn.] Unsere in der Posen-Breslauer Eisenbahn-Angelegenheit nach Berlin gesandten Deputirten, die Herren geh. Reg.-Rath Naumann und Prof. Müller, sind wieder von dort zurückgekehrt. Nachdem sie Audienzen bei dem Herrn Handelsminister v. d. Heydt und Herrn Finanzminister v. Rabe gehabt, und mit sämtlichen Posener, Stettiner und Breslauer Deputirten konferrirt, haben dieselben die Ueberzeugung gewonnen, daß unser Abgeordneter, Herr Hirsch, Alles in der Sache gethan, was für den Augenblick in seinen Kräften stand, daß namentlich die übrigen Abgeordneten seinem Amendement nur unter der Bedingung ihre Unterstützung zugesagt hatten, wenn er dasselbe zurücknähme, nachdem dadurch eine kategorische Erklärung des Herren Ministers veranlaßt worden wäre. (S. die gestr. Bresl. Ztg.) Die Deputation wird ihren Rechenschaftsbericht Mittwoch der Stadtverordneten-Versammlung abstaten, und werden wir dann das Nähere bringen. (Pos. Ztg.)

Köln, 17. November. [Berichtigung.] Der neulich aus Köln vom 12. Nov. berichtete Zwischenfall muß insofern berichtigt werden, daß der Präsident der Dampfschiffahrts-Gesellschaft sich zum Empfang des Prinzen nicht am Bahnhofe eingefunden und ihm weder dort noch anderwärts eine Rede gehalten hat; daß ferner das Dampfschiff „Prinz von Preußen“ nicht erst in diesem Jahre den Namen „Germania“ erhalten, sondern diesen Namen nie gehabt und in diesem Jahre wie in dem vorigen „Hermann“ heißt. Die Sache verhielt sich eigentlich so, daß der Prinz auf sehr freundliche Weise sich beim Präsidenten über den gegenwärtigen Zustand der Dampfschiffahrt erkundigte und die Frage hinzufügte, ob die Gesellschaft noch ein Schiff habe, das seinen Namen führt, worauf der Befragte erwidert: „Als im vorigen Jahre der Bahn und die Trunkenheit ihr Wesen trieben, mußte die Verwaltung ihren „Prinz von Preußen“ den Molestien entziehen und den alten deutschen „Hermann“ an die Stelle setzen, und ist er dadurch zum Propheten geworden“ (mit Hinweisung auf den Retter Deutschlands). Der Prinz erwiderte darauf lächelnd: „Seitdem habe ich etwas geleistet; man wird mir wohl meinen Namen wiedergeben.“ — Das Ganze trug das Gepräge des Scherzes; denn der Prinz wußte recht gut, daß das seinen Namen führende Schiff sich vor den am Oberrhein und sogar in den Festungen Koblenz und Mainz stattgehabten wiederholten Angriffen nicht anders als durch die Umtaufe zu retten wußte; diese aber geschah vermittelst eines Namens, der höher und ernster nicht gewählt werden konnte und der Verwaltung, in den bedauerlichen Krisen, in denen Deutschland sich befand, doppelt passend erschienen. (Konst. Ztg.)

Köln, 18. November. [Katholisches.] Den Zweigvereinen im Rheinlande und Westfalen berichtete vor einigen Tagen der Vorstand des hiesigen Central-Piusvereines, daß er nach dem Vorgange des Central-

Vereins in Breslau, der am 7. und 8. November eine General-Versammlung der katholischen Vereine Schlesiens gehalten, um gegen die Erläuterungen des Kultusministers, so wie gegen die von der ersten Kammer in Beziehung auf die kirchlichen Angelegenheiten gefaßten Beschlüsse Verwahrung einzulegen, nicht säumen zu dürfen geglaubt habe, in gleichem Sinne zu verfahren. Eine von vielen Seiten gewünschte Volks-Versammlung habe er für die jetzige Zeit nicht passend gefunden, sondern es einstweilen für angemessen erachtet, eine Adresse an die zweite Kammer zu richten, die die bekannten Klagen und Phrasen enthält. (Konst. Ztg.)

Deutschland.

Frankfurt, 18. Novbr. [Tagesneuigkeiten.] Herr v. Radowicz wurde heute bestimmt erwartet; er wird in diesem Augenblicke bereits angekommen sein. Seit gestern ist der österreichische General Mainoni, der an des zum Divisionär in Temeswar ernannten General Schirnding Stelle das Kommando der hiesigen österreichischen, bairischen und Frankfurter Truppen übernimmt, hier eingetroffen. — Von München ist der unermüdlche Herr v. Bally hieher zurückgekehrt. — Die vom 10. d. M. datirte württemberg. Beitritts-Erklärung zu der Uebereinkunft vom 30. Sept. zeichnet sich vor allen bisher bekannt gewordenen Erklärungen durch den Vorbehalt aus, daß das Interim von Seiten Württembergs nur bis zum 1. Mai 1850 — „bis wohin jedenfalls eine Volks-Versammlung zu berufen und eine deutsche Verfassung zu vereinbaren sei“ — als bindend anerkannt wird. (Köln. Ztg.)

[Tzstein. Garnisonwechsel.] Die Zeitungen beschäftigen sich in der letzten Zeit viel mit dem alten Tzstein. Die einen lassen ihn in Belgien ankommen, um nach Amerika abzureisen, die andern lassen ihn von der nassauischen, noch andere von der hessischen Regierung festnehmen. An dem Allen ist nichts. — Tzstein lebt fortwährend unangefochten auf seinem Gute Hallgarten (Malegatus) im Rheingau, und ich habe noch heute einen Brief von ihm an einen hiesigen Weinändler gelesen, in welchem er demselben Wein zum Verkauf anbietet. Das ist profaisch genug. — Mit der nahen Einsetzung des Interims steht ein Garnisonwechsel zu erwarten. Das bairische Jägerbataillon soll von hier abgehen; das kaiserlich österreichische Dragoner-Regiment Toskana aber nach Frankfurt und Umgebung verlegt werden. (Ref.)

München, 16. Novbr. [Tagesneuigkeiten.] Sr. Majestät der König hat den Grafen Otto von Bray zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am Petersburger Hofe ernannt. Der Graf wird schon im Laufe der nächsten Woche von hier abgehen, um am genannten Hofe die Vertretung Baierns zum dritten Male zu übernehmen. — Der Vater der Königin Marie, Prinz Wilhelm von Preußen, ist heute früh um halb 6 Uhr mit der Eisenbahn abgereist, um nach Berlin zurückzukehren; dagegen ist Nachmittags halb 4 Uhr ein anderer Gast, der Großherzog von Hessen, hier eingetroffen und im Wittelsbacher Palast abgestiegen. — Reisende, die heute Nachmittags von Salzburg hier angekommen sind, berichten, daß Staatsminister v. d. Pfordten gestern dort eingetroffen ist. — Heute Nachmittags versammelte sich eine große Menschenmenge aus allen gebildeten Ständen am Bahnhofe, um den aus dem Gefängniß entlassenen Abgeordneten Reinhardt zu empfangen. Eine beträchtliche Anzahl Abgeordneter, darunter Fürst Wallerstein, geleitete ihn in das Simon'sche Gasthaus, wo man denselben hoch feierte. (A. Abdz.)

Karlsruhe, 18. Nov. [Ankunft Savigny's.] Gestern ist in außerordentlicher Mission der Legationsrath v. Savigny aus Berlin hier eingetroffen; wie man vermuthet, speziell mit der Aufgabe, den antipreußischen Einflüssen, welche sich immer offener geltend machen und an dem Geschäftsträger Preußens, im Interesse seiner besondern Partei, bisher eher Stütze als Widerstand fanden, entgegenzutreten. (K. Ztg.)

[Gerücht über die Abdankung des Großherzogs.] Man hält die Abdankung des Großherzogs zu Gunsten des Prinzen Friedrich (geb. am 9. Septbr. 1826) für nahe bevorstehend. Eine Großmacht, welche diesen Plan bisher nicht gebilligt hatte, soll nun ganz einverstanden mit dem Wunsche des Großherzogs sein. In den Gesundheitsumständen des eigentlichen Thronfolgers, des Erbprinzen Ludwig, ist noch immer keine Besserung eingetreten und auch keine Hoffnung vorhanden, daß demselben die Zügel der Regierung anvertraut werden könnten. Ein Abdankungsakt desselben zu Gunsten seines Bruders soll übrigens schon längst ausgestellt worden sein. (Köln. Ztg.)

Altona, 19. Nov. Gestern traf der Oberbefehlshaber unserer Armee, General-Lieutenant v. Bonin, auf einer Inspektionsreise begriffen, von Rendsburg kommend, woselbst er zuletzt die Truppen gemustert, hier ein, und stieg im holsteinischen Hofe ab. Heute

*) Es scheint, daß der Einbruch der Polen in Galizien gar nicht im Plane des ungarischen Kriegsministeriums lag, sondern nur von diesem Rembowski auf eigene Verantwortlichkeit unternommen wurde.

inspicierte der General die hier befindlichen Truppen, das erste schleswig-holsteinische Jäger-Bataillon und das in der Umgegend einquartierte Dragoner-Regiment. Bei der am Vormittag abgehaltenen Parade sprach der General seine Zufriedenheit über die Haltung der Soldaten aus. General-Lieutenant v. Bonin wird uns, dem Vernehmen nach, schon morgen oder übermorgen wieder verlassen und sich zunächst nach Glückstadt begeben. (H. C.)

Oesterreich.

N. B. Wien, 20. Nov. [Tagesbericht.] Das Stempelgesetz, welches man in Kurzem erwartet, soll glaubwürdigem Vernehmen nach auch einen Zeitungsstempel in sich fassen. Die großen politischen Journale sollen mit 1 Kr. C.-M. pro Stück besteuert werden, wodurch sich die Kosten derselben um 40—60% steigern werden. — Die hier versammelt gewesenen Länderchefs sind wieder auf ihre Posten in den verschiedenen Kronländern zurückgekehrt. — Die Auflösung der k. ungarischen Leibgarde ist nun definitiv beschlossen. — Die neue Bekleidung der Grenzinfanterie und der Grenz-Ulanen besteht bei ersteren in braunem Waffenrock, blauen Pantalons, statt dem Ezako einen Hut und verschleißbarer Patronentasche, bei letzteren in dem serbischen Nationalkostüm, die Pike mit einem schwarzgelben Fähnlein versehen. — J. M. die Kaiserin Mutter ist am 15. d. in Prag eingetroffen. — Die Befestigung des zu Prag gehörigen Wischegrad ist nun vollendet, und bildet einen der stärksten Waffenplätze der Monarchie. — In Pesth sollen in Zukunft nunmehr die Prozesse der wegen politischen Vergehen Inhaftirten aus dem Civilstande geführt werden; die Untersuchung der Honveds-Offiziere aber, sowie Aller, die in den Reihen der Insurgenten fochten, wird in Arad stattfinden. — Mehrere Andeutungen lassen vermuthen, daß bei den Berathungen über die Stellenverwaltung in der Wojwodina eine Differenz zwischen dem Banus und dem Ministerium entstanden sei. Der Nichtanschluß der Wojwodina an die vereinigten Königreiche scheint die Veranlassung zu sein, denn hierdurch ist die Vereinigung der Südslaven gehemmt und die Serben erhalten ihre eigene Landesvertretung. Die Stellung des Patriarchen dürfte fortan keine derartige sein, daß ihm in die Verwaltung der Wojwodenschaft eine Einsprache gestattet werde. Das christliche Oberhaupt wird in Karlowitz, der Regierungschef in Temeswar regieren. In welcher Weise die Niesenpetition der Deutschen und Magnaten im Banat gegen das serbische Regiment berücksichtigt wurde, ist noch nicht bekannt. Es scheint jedoch, daß in einem der drei Kreise der Wojwodina die deutsche Sprache als amtliche geführt werden soll. — Ein als authentisch zu betrachtendes Schreiben aus Konstantinopel v. 7. d. besagt, daß der Refus der Pforte wegen der ungarischen Flüchtlinge in Petersburg den gewünschten Erfolg hervorgebracht habe, indem die Regierungen von Oesterreich und Rußland auf dem ursprünglichen Begehren der Auslieferung nicht weiter beharren wollten, sondern in die türkischer Seite vorgeschlagene Modalität der strengen Ueberwachung und Unschädlichmachung und resp. der Ausweisung jener Flüchtlinge, für deren genaue Inzwerksehung die Pforte alle erforderlichen Bürgschaften zu bieten hätte, — einzuwilligen sich bereit erklärten. Diese Beschlüsse der beiden Kaiserhöfe sind vor ein paar Tagen aus Wien und St. Petersburg in Konstantinopel eingelangt, und der Divan ist nun eifrig mit Berathung jener Maßregeln beschäftigt, durch deren Ausführung die faktische Ausgleichung der mit Oesterreich und Rußland entstandenen Differenz bedingt ist. Die englische Eskadre unter den Befehlen des Admirals Sir William Parker, deren Erscheinen bei Tenedos leghin gemeldet wurde, fuhr am 1. Novbr. bis zu den sogenannten alten Schloßern in der Meerenge der Dardanellen vor, wo sie sich, 12 Segel stark, vor Anker legte. Die Nachricht davon hat, wie natürlich, bedeutendes Aufsehen in dieser Hauptstadt erregt. Allein nach den von Seiten des englischen Botschafters Sir Stratford Canning unverweilt an den kommandirenden Admiral abgegangenen Weisungen ist zu vermuthen, daß letzterer in diesem Augenblicke schon wieder von dort sich zurückgezogen habe.

[Der neue Zolltarif.] Ueber die Zusammensetzung und das Wirken der zur Revision desselben berufenen im v. J. aufgestellten Kommission enthält die heute „Austria“ einen längeren Aufsatz, aus welchem unter andern auch hervorgeht, daß viele Industrielle die von ihnen abverlangten Gutachten nicht abgegeben haben. Andererseits läßt die gestern veröffentlichte authentische Erklärung die Besorgnisse hervortreten, daß durch einen oktroyirten Tarif, den Verhandlungen des Reichstags vorgreifend, die nationale Produktion dem Freihandelsysteme geopfert werden möchte. Diese Befürchtung spricht sich um so stärker aus, weil eine sofort eintretende Aenderung mancher Industrie unwiderbringlichen Schaden zufügen und selbe bis zur Revision durch den Reichstag schon zu Grunde richten könnte.

Prag, 19. November. [Ankunft des Kaisers.] Se. Majestät der Kaiser kamen heute um 12³/₄ Uhr Nachmittags hier an. Se. Majestät fuhr in einem sechsspännigen Hof-Gallawagen in Generaluniform, und grüßte und lächelte freundlich dem jubelnden Volke entgegen. In der glänzenden Suite bemerkten wir auch unsern wackern Schützling, nebst vielen Generalen, die ich jedoch bei dem raschen Vorbeifahren nicht erkennen konnte. Der Zug ging, von einer unüberschbaren Menge begleitet, durch die Hibernergasse, durch den Graben und die neue Allee auf die Kleinfeste und Grabschänke, wo der Kaiser von einer in Parade aufgestellten Abtheilung k. k. Militärs empfangen wurde. Im Bahnhofe hatte der Kaiser die Bewillkommungsrede von einem Stadtverordneten, im Namen unserer Stadt gesprochen, freundlich entgegengenommen. Heute Abends haben wir bei festlicher Beleuchtung im Theater zu Ehren dieser Ankunft „Lucresia Borgia“, morgen die große Illumination. (Hoyd.)

*** Von der italienischen Grenze, 16. Nov. [Die österreichische Handelspolitik in Bezug auf Deutschland und Italien. — Die lombardische Verfassung. Sardinien und Neapel.] Die Pläne, welche die von Hrn. v. Bruck geleitete österreichische Handelspolitik in Deutschland wie in Italien hegt, sind ziemlich weitgreifender Natur, allein wir glauben, daß die politischen Ereignisse dem Kaufmann einen Strich durch die Rechnung machen werden. Um die Absichten des Handelsministers, die an sich eben so wichtig als genial sind, zu verwickeln, bedürfte es einer ruhigen Entwicklungsperiode; nicht aber die stürmische, ungewisse, jebrühere Berechnung spottende Uebergangs-Epoche, in der wir gegenwärtig leben und in welcher nur zu häufig der augenscheinliche Vortheil des Calculs dem Impuls der politischen Leidenschaften aufgeopfert wird. Schon die Vermittlung des mit Sardinien unterhandelten Handelsvertrags, wo Bruck in der günstigen Lage des Siegers dennoch Nichts erreichen konnte, mußte den Minister überzeugen, daß die jetzige Zeit für derlei Unternehmungen nicht geeignet sei; Oesterreich hat sich in friedlicher Vergangenheit sowohl in Deutschland wie in Italien die günstige Gelegenheit zu zollvereinlichen Eroberungen entgehen lassen und möchte das damals Versäumte dermalen nachholen, wo es schon zu spät ist. Oesterreich hat bereits Modena und Parma in sein Netz gelockt, allein der Beitritt dieser beiden kleinen Staaten am Po hat bloß in strategischer Hinsicht großen Werth, in kommerzieller Beziehung beschränkt sich seine Wichtigkeit lediglich darauf, einen Schritt weiter am Ziele zu sein, da die Absicht keine andere sein kann, als Livorno am Mittelmeere als dritten Ausfuhrhafen, neben Venedig und Triest am adriatischen Meerbusen, zu gewinnen. Dazu ist erforderlich, Toscana zum Beitritt zu bewegen, was weniger leicht ist, als dies scheinen mag; gelänge jedoch dieser Zollplan, so wäre die alte Seepolitik Frankreichs im Mittelmeere vollkommen paralysirt und Livorno würde sowohl Marseille, als dem durch Eisenbahnen in einen Ausfuhrhafen des deutschen Zollvereins umzuschaffenden Genua trotz der Stirne bieten können. — Die Handels-Verfassung für das lombardisch-venetianische Königreich soll bereits ausgearbeitet vorliegen, und nur über den Zeitpunkt Zweifel herrschen, an dem das Statut in Wirklichkeit zu setzen sei, da vielseitig die unumgängliche Nothwendigkeit, den Kriegszustand fortzudauern zu lassen, geltend gemacht worden. Sowohl das Venetianische als die Lombardie erhalten eine besondere Consulta und beide Theile zusammen eine gemeinsames Parlament, von welchem wieder eine entsprechende Anzahl Deputirter in das Reichsparlament zu Wien zu senden wäre. Wie dieser etwas komplizirte repräsentative Apparat sich in der Wirklichkeit ausnehmen wird, wollen wir dahingestellt sein lassen und begrüßen schon den guten Willen der Regierung als das Unterpfand einer schöneren Zukunft. — Der dualistische Gegensatz zwischen Sardinien und Neapel bildet sich täglich mehr und mehr aus und dürfte bei der stürmischen Zukunft der Halbinsel leicht zu den merkwürdigsten Gruppierungen führen. Neuerdings hat die neapolitanische Regierung im Königreiche außer dem offiziellen alle piemontesischen Journale mit Verbot belegt.

Großbritannien.

London, 17. Nov. [Die englische Flotte in den Dardanellen.] Einem wohl wenig beglaubigten Gerüchte zufolge, welches der „Standard“ mittheilt, soll der Sultan einen German ausgestellt haben, welcher das Einlaufen der britischen Flotte in die Dardanellen gestattet und die Flotte demzufolge in Konstantinopel erwartet werde. (Hamb. Bl.)

Frankreich.

Paris, 18. November. [Zustände.] Ueberall in Frankreich, wo das Auge des aufrichtigen Liberalen sich hinwendet, steht es Parteien, denen der Eigennuß, die Herrschsucht, die Nachbegierde über das Wie-

derausblühen einer freien, aber starken Regierung gehen. Hier findet man die Legitimisten, welche dem einen Zwecke, der Wiedereinführung der Bourbons, Ruhe, Wohlstand, Blut der Nation zu opfern bereit sind. Dort wiederum findet man eine andere Art Legitimisten, diejenige nämlich, welche täglich die Lehre verbreiten, weil Napoleon I. ein großer Mann gewesen, sei für Frankreich kein Heil außer den Napoleoniden. Dann wiederum begegnen wir den Republikanern à la Proudhon und Girardin, welche keine Präsidentschaft, keine einheitliche Gewalt, keine „Regierung des Menschen durch den Menschen“ wollen. Endlich haben wir die Sozialisten und Kommunisten mit ihrer Universal-Glückseligkeitstheorie, welche alle edleren, göttlichen Triebe des Menschen zu Gunsten der materialistischen, thierischen in den entferntesten Winkel verweist. Alle diese Tendenzen reiben sich seit 20 Monaten an einander, bekämpfen sich, schwächen sich, erniedrigen sich gegenseitig und während dieser Zeit haben sie nicht bemerkt, daß in dem Streben nach dem Neuen oder nach dem Veralteten ihnen das entschlüpfte ist, worum sie 60 Jahre lang gekämpft und was sie zuletzt, wenigstens in seinem Keime, errungen hatten, nämlich die parlamentarische Regierung. Wem kann es in der That noch zweifelhaft sein, daß Frankreich keine parlamentarische Regierung mehr besitzt? daß die persönliche Regierung, wegen der es die Februar-Revolution machte, jetzt stärker als je geworden ist? Es ist wohl unnöthig, von Neuem auf die Konstitution von 1848 zurückzukommen, welche den Keim des Uebels in sich trägt. Es ist schon ein Gewinn, daß das Uebel anfängt, erkannt zu werden. Darum sind wir der Ansicht, daß eines der Hauptbedürfnisse Frankreichs das ist, daß die Freunde der parlamentarischen Regierung sich zählen und eine starke kompakte Partei bilden, welche, mit Ausschluß aller übrigen sekundären Bestrebungen, vornehmlich auf die Wiederherstellung der parlamentarischen Regierung hinarbeiten. Gelingt es nicht, die Seele der Regierung wieder in das Parlament hinein zu pflanzen, dann aber auch den Dualismus von legislativer und exekutiver Gewalt aus dem Parlament auszuschneiden, so ist es nicht allein mit der Freiheit, sondern auch mit der Einheit Frankreichs vorbei. Frankreich geht dann den Gang Roms und Byzanz's. Noch geben wir die Hoffnung nicht auf, daß die parlamentarischen Männer Frankreichs durch energisches Eingreifen jener Gefahr vorzubeugen wissen werden. — Das auswärtige Portefeuille hat nun endlich einen Inhaber gefunden, General Lahitte, wie der heutige Moniteur meldet. Der General ist in der politischen Welt wenig bekannt, was heut zu Tage in Frankreich auch nicht nöthig ist, um Minister zu werden. Sobald man im Elysée gut steht, so hat man alle nur möglichen Chancen. In Beziehung auf Beförderungen gleicht das jetzige Regime allerdings sehr dem kaiserlichen; hierarchische Sprünge sind im Elysée selbst sehr beliebt. — Der Bruch der Partei Thiers mit dem Konstitutionnel ist sehr ernst und nachhaltig. Für das Elysée ist es kein kleiner Gewinn, nunmehr auch die beiden größten Organe Frankreichs, das Journal des Debats und Constitutionnel, zu Freunden zu haben. Doch darf man auf diese Unterstützung nicht gar zu viel geben, das erstere Journal unterstützt die jedesmalige herrschende Gewalt, das letztere spekulirt auf die Abnehmenden und geht mit ihnen, — ein anderer Wind, eine andere Richtung. Diese Unterstützung verliert sehr viel von ihrer Bedeutung, seit die Deleagnisten keinen Theil daran haben, sie sind eine Macht, die vermöge ihrer geistigen Mittel noch Einfluß genug besitzt, um Achtung und Vorsicht zu gebieten. Im Elysée scheint man dies nicht gehörig zu überlegen.

Paris, 18. Nov. [General Lahitte, Minister des Auswärtigen in partibus und Gesandter in Berlin. — Die Parteien. — Aus Turin.] Das Ministerium ist nun endlich vollständig. Der heutige „Moniteur“ veröffentlicht die Ernennung des Generals Lahitte, „des außerordentlichen Gesandten der französischen Republik bei dem Hofe von Berlin“ zum Minister des Auswärtigen. Es ist sonderbar genug, daß die Ernennung des Generals zum Gesandten in Berlin noch gar nicht offiziell angelegt war; allein das Unreguläre und Unregelmäßige ist nun einmal hier an der Tagesordnung. Wieses übrigens scheint, ist das Bedürfnis nach einem Minister des Auswärtigen gar nicht vorhanden, denn der Präsident der Republik erfüllt diese Funktionen selbst und will sie auch in Zukunft nicht mehr aus der Hand geben. Der ehrenwerthe General wird demnach ein wenig Minister des Aeußeren in partibus sein! Herr L. M. Bonaparte hat auch bereits mehrere Veränderungen in der Diplomatie vorgenommen, ohne sich dabei um die Meinung seiner Minister zu kümmern. — Die Spaltung unter den Parteien wird mit jedem Tage ernster. In allen Lagern herrscht Uneinigkeit. Es wird nicht mehr bloß auf feindliche Truppen gezielt, sondern auch auf die Verbündeten von gestern. Die Trennung zwisch-

*) Ein solcher German wäre einer Kriegs-Erklärung gegen Rußland gleich zu achten; eben deshalb verdient in der That obiges Gerücht wenig Glauben. (Hamb. Bl.)

(Fortsetzung.)

schen dem Elysée und der äußersten Rechten wird namentlich immer entschiedener. Die demokratisch-sozialistische Partei könnte nun wohl aus diesen Spaltungen für sich Nutzen ziehen, wenn nicht auch in ihr selbst offener Bruch vorhanden wäre. So finden Sie überall nichts als — Chaos. — Aus Turin wird gemeldet, daß in der Sitzung der Deputiertenkammer vom 14ten die Diskussion über den mit Oesterreich geschlossenen Vertrag so weit gediehen war, daß man bloß noch über die Abfassung der Tagesordnung debattirte, in welcher erklärt werden soll, „der abgeschlossene Vertrag sei ein fait-accompli, über den es unnütz sei, erst ein Votum abzugeben.“

Lokales und Provinzielles.

* Breslau, 21. Nov. [Städtische Ressource.]

Die gestrige Versammlung der städtischen Ressource war wiederum so zahlreich besucht, daß die Späterkommenden gezwungen waren, die hintersten Räume des Saales einzunehmen. Auf den Gallerien, zu welchen im vorigen Jahre schon den Damen der Zutritt gestattet war, hatten sich diese sehr zahlreich eingefunden. Der Vorsitzende, Herr Linderer, begrüßte einen eingeführten Gast, den Herrn Benedy, dessen Name in Deutschland ein bekannter ist, unter Applaus der Gesellschaft. Der Fragekasten führte außer den gewöhnlichen Fragen, z. B. ob Kaufleute mit Lichten handeln dürfen, oder ein Drechslermeister mit gestickten Börsen? ob es recht sei, daß die Nationalkleiderhandlung, die von Berlin aus ihre Garderobe hier absetzen wollte, auf Antrag des Schneidermittels ausgewiesen worden sei? wurden mehrere Fragen von allgemeiner Bedeutung vorgelesen. Bei der Frage: Ob die Kirche der Oberaufsicht des Staates unterliegen müsse? forderte der Vorsitzende den Rechtsverständigen Plücker auf, diese Frage vom staatsrechtlichen Standpunkt zu beleuchten. Der Genannte erwiederte und zwar unter großer Erweiterung der Gesellschaft, daß den Herren Theologen hier der Vortritt gebühre. Da keiner dieser Herren auftrat, so blieb die Frage unbeantwortet. Die Frage, ob man sich bei den Reichswahlen betheiligen solle? schon in der letzten Versammlung besprochen, tauchte nochmals auf, indem ein Mitglied ein Schreiben in den Fragekasten gelegt, welches die Männer von Einfluß auffordert, genau zu prüfen, ob man wählen solle, oder nicht, mit der angefügten Bemerkung, daß der Schreiber (Herr Pulvermacher) auf seinen Reisen die Erfahrung gemacht, daß man in Städten anderer Staaten, als in Dresden, Braunschweig &c. gewählt sei, Männer des Fortschrittes in jene Versammlung zu wählen. — Der Vorsitzende bemerkte hierzu, daß auch ihm vom Rhein aus Briefe zugekommen, die dasselbe ausfügten. Er müsse auch heute wiederum es aussprechen, obgleich in der letzten Versammlung seine Meinung in der Minorität geblieben, daß er es für nothwendig halte, sich bei der Wahl zu betheiligen. Es käme weniger in der Politik darauf an, starr die Konsequenzen eines Principes festzuhalten, als recht thätig zu wirken. Herr Benedy nahm, nachdem die Herren Stein und Plücker sich mehr gegen die Reichswahl ausgesprochen, das Wort, indem er äußerte, daß er auf seinen vielen Reisen jetzt gefunden, wie sehr viele Männer des Fortschrittes es als nothwendig erkannt hätten, der Wahl nicht zu entsagen. Man möge diese Frage ja recht sorgfältig erwägen, ehe man sich entschloße, dieses dem deutschen Volke gegebene Schwert aus der Hand zu legen. — Die Frage, ob bei Bürgermeisterwahlen die Bestätigung der Regierung in das Belieben derselben gestellt sei, hatte Hr. Plücker dahin beantwortet, daß die Städteordnung es ausdrücklich ausspreche, wie dies nicht der Fall sei, sondern die Behörde gehalten sei, Gründe anzugeben. Der Vorsitzende weist hierbei auf die Wiederwahl des Bürgermeisters Goltz in Brieg hin, mit der Bemerkung, daß der von der Regierung angeführte Grund der Nichtbestätigung (nämlich Nichtqualifikation) doch schwer anzunehmen sei, da hier eine Wiederwahl vorliege, die Stadt also seit Jahren mit der Amtsführung des Goltz wohl zufrieden gewesen sein muß. Hr. Plücker setzte nochmals das Sachverhältniß auseinander, indem er noch specieller auf die Rechtsfrage einging mit Uebrigung der Gesetzesparagraphe, nach welcher Auseinandersetzung die Regierung nicht im Rechte zu sein scheint.

S Breslau, 21. Novbr. [Katholischer Central-Verein.] Hr. Kanonikus Balzer erörterte in einem sehr ausführlichen Vortrage zwei aus dem Fragekasten entnommene Gegenstände. Die erste Frage betraf den katholischen Grundsatz: „Außer der Kirche

kein Heil“; die zweite erforderte Aufschluß darüber, ob die Lehre vom „Fegefeuer“ in der heiligen Schrift oder in den Verhandlungen des florentinischen Concils ihren Ursprung habe. Der Redner versuchte nachzuweisen, daß die katholische Kirche nur diejenigen Andersgläubigen verdamme, welche ungeachtet der Mahnungen ihres Gewissens oder sonstiger Beweggründe aus bösem Willen der zur höchsten Seligkeit führenden Kirche fern bleiben. Den Begriff und das Vorhandensein eines „Fege- oder Reinigungsfeuers“ leitet der Redner aus der Bibel ab. — Hr. Prof. Gikler lieferte den gewünschten Aufschluß über das Wesen der Dohrenbeichte. — Hierauf kam der Antrag des Curatus Karger zur Sprache, es möge durch einen der hiesigen Abgeordneten eine Interpellation an das Ministerium gerichtet werden, um das bisher so ungleichmäßige Verfahren mancher Behörden in Bezug auf die religiöse Erziehung der Kinder aus gemischten Ehen zu rügen. Die Versammlung beschließt, daß einer der Abgeordneten für Breslau ersucht werde, die fragliche Interpellation einzureichen. Mit der Ausführung dieses Beschlusses wurde der Vorstand betraut. — Herr Lic. Wick beleuchtete einen Vortrag des Herrn Weingärtner, welchen dieser bei Gelegenheit des Reformationstages im evangelischen Verein gehalten hatte. — Hr. Balzer berührt die gegenwärtig in der zweiten Kammer zur Verhandlung gekommene Trennung der Schule von der Kirche und erklärt, daß wenn dieselbe beschlossen werden sollte, die Kirche ihre eigenen Schulen errichten müßte.

Breslau, 19. November. [Postalisches.]

Wir haben in dieser Zeitung häufig Mißstände in der Postverwaltung beleuchtet und schon einige Mal die Genugthuung gehabt, diese abgestellt zu sehen. Namentlich hoben wir jahrelang auch den Uebelstand hervor, daß die Amtsvorsteher ein festes Adjutum jährlich zur Anschaffung der Bureau-Bedürfnisse erhielten, diese Beträge indeß von denselben als eine Revenue betrachtet wurden, von der sie möglichst wenig zu verwenden hätten, woraus eine Menge ganz begründeter Klagen von Seiten der ihnen untergebenen Beamten hervorgingen. Wir behaupteten wiederholt, daß es für das Interesse der königlichen Kasse eben so lukrativ als für alle Beamte vorthellhaft sein werde, wenn dieses Adjutum aufgehoben würde und die betreffenden Ausgaben zur Liquidation kämen. — Der General-Postmeister v. Schaper ließ dieses Verfahren eintreten und wir haben uns in unserer Voraussetzung nicht getäuscht, denn die Ausgaben für Anschaffung der Bureau-Bedürfnisse sind jetzt viel geringer als früher. — Man sucht augenblicklich in der Verwaltung überall und mit Recht Ersparnisse zu machen. Auf Etwas ist man indeß nicht gekommen, was der Postverwaltung jährlich eine Mehreinnahme von mindestens 20—30,000 Rthl. sichern würde. Wir meinen die Verpachtung der Post-Passagierstuben. In vielen Posthäusern befinden sich 2 Passagierzimmer, diese werden auf königliche Kosten möblirt, erheizt und beleuchtet und außerdem sind für dieselben verhältnißmäßig hohe Taxen für Speisen und Getränke festgesetzt. Daß den Inhabern solcher Passagierstuben, die an Miete &c. nichts zu entrichten haben, ein ganz bedeutender Gewinn von der Bewirthung der Passagiere verbleibt, steht außer Frage. In einzelnen frequenten Orten soll sich dieser Gewinn auf 5—800 Rthl. jährlich belaufen. Dies ist auch allgemein bekannt, und falls eine Lizitation bei Verpachtung der Passagierstuben in größeren Orten eröffnet würde, dürften sehr erhebliche Pachtgebote gestellt werden. Ein Gewinn, der auf diese Weise der königlichen Kasse zuflösse, könnte theilweise zur Kreirung neuer Stellen für die expeditiven Postbeamten verwendet werden, da diese größtentheils in einer Weise mit Geschäften überlastet sind, wie dies bei keinem anderen Beamtenstande in unserem Staate der Fall ist.

Breslau, 21. November. [Jüdisches.]

Zwei Thatsachen scheinen wiederum von einem in der hiesigen jüdischen Gemeinde erwachenden Leben Zeugnis abzulegen. — Es soll sich hier dieser Tage ein jüdischer Verein constituiren, der es sich zur Aufgabe stellt, die jüdischen Interessen, gemäß den Anforderungen des neuen Staatslebens, nach Innen und nach Außen zu vertreten oder wenigstens zu dessen Vertretung anzuregen. Ferner fordert die jüdische Cultusgemeinde zu Aktienzeichnungen auf für den Bau einer Synagoge. Merkwürdig genug hat eine Gemeinde von nahe an 8000 Seelen, die so viele reiche und wohlhabende Mitglieder zählt, sich bis jetzt mit verschiedenen Privatlökalen begnügt. Von dem religiösen Sinn der hiesigen jüdischen Gemeinde, von der Bereitwilligkeit, mit welcher deren vermögende Mitglieder selbst für nichtjüdische kirchliche Zwecke beisteuern, ist zu erwarten,

daß dieses Unternehmen endlich realisiert werde, ein Unternehmen, dessen Ausführung der Stadt zur Zierde, dem gegenwärtigen Geschlechte der Gemeinde aber ein ehrendes Denkmal sein würde.

○ Breslau, 20. November. [Jüdisches.]

Während von einer Seite her mit Hartnäckigkeit behauptet wird, die Juden hätten sich bei den neuesten Bewegungen überwiegend betheiligt, bemerkt man gegenwärtig, wo in Betreff ihrer Lebensfragen zur Entscheidung kommen, eine höchst auffallende Ruhe in ihrem Lager. Die Verfassungsparagraphe, welche über Kirche und Schule handeln, haben dem Bekenntnisse der Juden wieder offenbar den Charakter eines geduldeten aufgedrückt, die Verhandlungen der Kammern haben diesen Charakter mit noch schneidenderer Schärfe hervorgehoben und suchen demgemäß auch die Bestimmungen der Verfassung zu revidiren. Die Juden sind still. Das Schicksal der Civilehe ist ein sehr zweifelhaftes, den Juden ist jedoch dieses zweideutige, weil ihnen und den Dissidenten allein verliehene, und nach seiner bisherigen Einrichtung sehr kostspielige Geschenk schon im Jahre 1847 zu Theil geworden. Der Antrag, in der Verfassung einen für alle Staatsbürger gleichlautenden Eid festzustellen, ist in der ersten Kammer kurzweg beseitigt und auf ein späteres (!) Gesetz verschoben worden. Keine Stimme aus dem jüdischen Lager verläutet über diese tiefeingreifenden Gegenstände. Die katholische und evangelische Kirche sind bisher in ihrer wohlgeordneten Verfassung noch nicht erschüttert; da jedoch die Möglichkeit oder Nothwendigkeit mancher Neugestaltung vorliegt, so sind schon seit längerer Zeit katholische, evangelische, lutherisch = evangelische Vereine entstanden. Die jüdischen Gemeinden hingegen sollten im Jahre 1847 eine Organisation erhalten, die neuesten Bewegungen jedoch haben nicht bloß diese beseitigt, sondern fast überall zu völliger oder theilweiser Auflösung der Gemeinden geführt, und ein ernster Wille, von Innen heraus eine neue Organisation zu schaffen, macht sich fast nirgends bemerklich. Möchten uns Eingeweihte über die Ursache dieses Indifferentismus in Israel belehren!

C. C. [Aus der Sitzung der Centralkommission zur Prüfung des Staatshaushaltsetats am 29. Oktober.] Der Etat des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten. Ministerial-Kommissar: geheimer Legationsrath Borck; Referent: von Gärtnner. Man vergegenwärtigte sich bei Beginn dieser Erörterung, daß der Etat des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten (664,480 Rthl.) zur Zeit nur als ein provisorischer gelten könne, der durchgreifende Veränderungen erleiden müsse je nach dem Umfange, in welchem Preußen das Ziel eines deutschen Bundesstaates erreichen würde. Bis dahin müßten indeß der Regierung alle Mittel gewährt werden, die zu einer würdevollen Vertretung erforderlich sind. In Betreff der Einzelheiten ward zunächst erinnert, daß die Ginnhyme aus Paß- und Konsular-Gebühren (jene für die sogenannten Kabinetspässe) künftig besonders nachzuweisen sei. Nur den unbeforderten Konsuln solle diese Gebühr verbleiben. In Betreff der Verwendung der Paßgebühren solle maßgebend sein, was für das Ministerium des Innern in dieser Beziehung werde festgesetzt werden. Die Unentbehrlichkeit der außerordentlichen Repräsentationskosten für den Chef des Ministeriums mit 6000 Rthl. wurde anerkannt, so wie die eines Unterstaatssekretärs mit 9 gegen 7 Stimmen. Bei den jetzigen sogenannten Dirigenten im Ministerium soll in Zukunft der Normaletat für vortragende Räte angewendet werden, so wie bei den Subalternen die Normalätze der übrigen Ministerien. Die Eingehung der besonderen Legationskasse wird empfohlen. Was die Besoldungen des Gesandtschaftspersonals betrifft, so wurde der Nachweis geführt, daß in anderen Ländern der Besoldungs-Etat der Gesandtschaften viel reichlicher sei, als in Preußen. Außerdem hielt aber die Centralkommission nicht dafür, daß es jetzt an der Zeit sei, mit durchgreifenden Veränderungen hierin vorzugehen. So wurde der Antrag auf Eingehung der Geschäftsträgerstelle zu Athen abgelehnt, dagegen die Stelle des Gesandtschaftspropagandisten zu London und der Kirchendiener zu Rom für entbehrlich erklärt. Auch von der Unentbehrlichkeit einer besonderen Gesandtschaft für die Schweiz war man nicht überzeugt, glaubt vielmehr, daß deren Geschäfte von einer benachbarten preussischen Gesandtschaft sehr wohl mit wahrgenommen werden könnten. Die Gesandtschaftsstelle zu Washington ist eingezogen und jetzt mit einem Ministerresidenten, der nur 10,000 Rthl. bezieht, besetzt. Dagegen schien im Interesse des Handels eine Vermehrung der Generalkonsulate dringend wünschenswerth, nur die Generalkonsulate für Brasilien und Syrien sind eingezogen und das Konsulat zu Jerusalem für entbehrlich erklärt worden. Gratifikationen werden nach den angenommenen allgemeinen Grundsätzen nicht mehr ertheilt, Unterstützungen nur in außerordentlichen Fällen an Beamte, deren Einkommen 1000 Rthl. nicht übersteigt.

* Breslau, 21. Novbr. Der heutige Breslauer Tage

Anzeiger enthält unter seiner Diebstahls-Chronik einige Kuriosa. Unter anderen beschreibt er die wirklich sehr schlaue Art der Gauner, gemästete Schweine zu stehlen ohne daß die vorstigen Entführten durch Geschrei oder sie pressen den Kopf des Schweines in ein leeres Futteral, welches vorn zwar Luftlöcher

die Thiere nicht ersticken, die Schnauzen derselben aber so zusammenbrückt, daß sie am Schreien verhindert werden. — Die Vorliebe für Käse haben die Diebe noch nicht verloren. Am 17. d. M. wurden aus dem Hause Nr. 3 der Vorwerkstraße 18 Stück Koppenskäse, 60 Stück Ziegenkäse und 720 Stück Rühlkäse gestohlen. — In derselben Nacht wurde auch die kupferne Röhre von dem Brunnen in der Friedrich-Wilhelmsstraße entwendet. — Am 14. d. M. Morgens zwischen 5—6 wurden einem Landmann an der Berliner Thor-Expedition 2 Säcke mit weißem Kleesaamen vom Wagen gestohlen.

□ **Brieg, 20. Novbr.** [Die konstitutionelle Partei.] Das heutige „*Wochenblatt*“ enthält eine sehr schätzenswerthe Ansprache „An die Konstitutionellen Schlesiens“ mit der Unterschrift Wilda. Der Artikel beweist mit den triftigsten Gründen die Nothwendigkeit der Bildung einer starken und kräftigen konstitutionellen Partei durch ganz Schlesien, welche Partei die kräftigste Stütze einer wahrhaft konstitutionellen Regierung und das sicherste Bollwerk gegen alle Umsturz- so wie Reaktions-Versuche sein soll. Es giebt gewiß keinen wahrhaft freisinnigen Patriot in unserem weiten Vaterlande, der die unabwiesbare Nothwendigkeit und die weitgreifende Nützlichkeit eines solchen Verbandes nicht fühlte und dessen Konstituierung nicht sehrnächst wünschte. Es fehlt also weiter nichts als daß die Bildung eines solchen allgemeinen Vereins kräftig in die Hand genommen würde, und zwar kann dies natürlich nur in der Provinzial-Hauptstadt am zweckmäßigsten geschehen. Nun hat sich zwar, wie wir aus den Berichten der Zeitungen erfahren haben, vor einigen Wochen in Breslau der „*Schlesische konstitutionelle Central-Verein*“ von neuem rekonstituiert, indem er eine Revision seiner Statuten vornahm und sich unabhängig von anderen Verbänden als selbstständiger Verein hinstellte. Auch besteht, wie wir wissen, dieser Verein aus Männern, die wohl befähigt sind, die Bildung und Leitung eines solchen Vereines zu übernehmen, und doch haben wir noch von keinen weiteren Schritten vernommen, welche die Befriedigung des oben angedeuteten Bedürfnisses in baldige Aussicht stellten. Zwar haben Zeitungsreferate berichtet, daß der Breslauer Verein sich mit den Zweigvereinen in der Provinz in Verbindung gesetzt und regelmäßig Sitzungen abgehalten habe, allein dies genügt noch nicht in einer Zeit, wo in Folge der vorangegangenen Ereignisse theils eine große Erschlaffung der Gemüther, theils eine gewisse Scheu vor politischen Vereinen eingetreten ist, theils aber auch die Gegenparteien, wenn gleich im Stillen, aber desto eifriger bemüht sind, sich Anhänger zu verschaffen. Welche Mittel und Wege einzuschlagen sind, um eine Vereinigung aller konstitutionellen Elemente in der Provinz zu erzielen, will ich in dieser einfachen Korrespondenz nicht näher bezeichnen, doch auf Eins will ich hindeuten, ohne welches alle andern Schritte nicht mit dem gewünschten Erfolge gekrönt sein werden, und dies ist ein entschiedenes, offenes und kräftiges Auftreten. Der Verein muß dadurch seine unerschütterliche Ueberzeugung kundgeben, daß auf den politischen Grundfragen, auf denen er fußt, das Heil des Vaterlandes beruht, er muß dadurch seinen festen Willen manifestiren, daß er für diese Prinzipien stehen oder fallen will, er wird aber auch dadurch das erhebende Bewußtsein aussprechen, daß er in einem konstitutionellen Staate die vor allem berechtigten und wahrhaft legitime Partei und die Haupt-, wenn nicht einzige Stütze der Regierung ist. Dieses entschiedene, energische und selbstbewusste Auftreten wird ihm mit einem Schlage alle Freunde des Vaterlandes und der konstitutionellen Verfassung gewinnen, denn es erweckt vor Allem das Vertrauen: in ihm einen eben so tüchtigen weil kräftigen Führer zu haben, und mit diesem Vertrauen ist Alles gewonnen. Daß der Haupt-Verein in Breslau die größte Regsamkeit entwickeln muß, versteht sich von selbst, denn an dieser Lebendigkeit muß sich auch der Eifer der Provinzialvereine erzünden. Dem steht aber gleich eine Bestimmung des Statuts entgegen. Dasselbe bestimmt unter Anderem, daß nur alle vierzehn Tage Versammlungen stattfinden sollen, ausgenommen der Vorstand beruft außerordentlich eine dergleichen. Dies ist ein zu seltenes Zusammenkommen und möchte passender alle acht Tage stattfinden, zumal jetzt in einer Zeit, wo die Begebenheiten mit Windesschnelle uns ereilen und vierzehn Tage einen ganzen Abschnitt in der neueren Geschichte bilden. Wenn auch der Verein nicht handelnd in die Geschichte eingreifen, sondern nur belehrend und verständigend wirken will, so erfordern eben die sich immer neu anhäufenden Begebenheiten eine fortwährende Verständigung, welche aber durch vierzehntägige Versammlungstermine vereitelt wird, indem dann die Verständigung nicht selten zu spät kommen dürfte. Denn er sollte bedenken, daß es nicht allein eine Verständigung der Mitglieder in Breslau gilt, sondern auch der in der Provinz und diese von einer lebendigen Rathung und Belehrung in Betreff der Zeit-

verhältnisse das Meiste profitieren. Ein anderes vorzügliches Mittel für den oben angeregten Zweck wäre die Veröffentlichung der Beschlüsse des Vereins in Form von Erklärungen. Daß der Verein sich weder mit Petitionen noch mit Adressen befassen will, wenn nicht besondere Umstände dieselben nothwendig machen, ist gewiß sehr zweckmäßig, doch sind Erklärungen in Bezug auf die gegenwärtigen Zeitereignisse oder in Bezug auf die gerade in der Reihe der Tagesfragen stehenden konstitutionellen Prinzipien ein äußerst zweckmäßiges Mittel sowohl für Durchbildung und Vollenbung des konstitutionellen Staatsbaues als namentlich für Konzentrierung und Belebung der konstitutionellen Elemente. Diese Erklärungen werden an den betreffenden Stellen ebenso wirken als Adressen und Petitionen, indem sie die Stimmung und die Wünsche des Landes besser als diese ausdrücken, sie werden aber auch für alle konstitutionellen Vereine die Sammelpunkte sein, woraus sie den Antrieb zu neuer Regsamkeit und zu einem erhöhten politischen Bewußtsein schöpfen.

Viegnitz, 29. Novbr. Aus der hiesigen Frohnveste sind in der Nacht vom 17. zum 18. November zwei inhaftirte Verbrecher entsprungen. Selbige haben ihre Flucht durch Zerschneiden der Bettlaken und Herablassen und Hinaufklettern über die hohe Mauer an denselben möglich gemacht. (S. d. b.)

Hirschberg, 19. Novbr. Durch Vermittelung der Hoflieferanten Herren Kögner und Sohn in Berlin ist Ihrer Majestät der Königin leinen Garn, welches der arme kleine Spinner Heint. Schön in Kieselwald gesponnen, überreicht. J. M. die Königin haben in Folge dessen folgendes allerhöchstes Schreiben an obige Herren gerichtet: „Ich habe das ausgezeichnet schöne leinene Garn erhalten, welches Sie Mir mit Ihrem Schreiben vom 3. d. Mts. überreichten, und erfülle gern Ihre Bitte, dem armen kleinen Spinner Heint. Schön in Kieselwald durch Bewilligung einer Unterstützung von vierundzwanzig Thalern jährlich, auf drei Jahre, eine Aufmunterung und ein Zeichen Meiner Theilnahme an seiner Geschicklichkeit zu geben. Ich füge die ersten vierundzwanzig Thaler hier gleich bei und verbleibe Ihre wohlgenigte Elisabeth.“ — Sanssouci, den 24. September 1849. — An die kgl. Hoflieferanten Herren Kögner und Sohn in Berlin.“

* **Grünberg, 18. Novbr.** [Schwurgericht.] Bei den gestern beendigten zweiten hiesigen Assisen kam der merkwürdige Fall vor, daß ein Geschworener, der Oberst-Lieutenant R. aus S., sich weigerte, den Geschworenen-Eid in der vorgeschriebenen Form zu leisten, indem er die Forderung stellte, den Eid nach der gewöhnlichen Form des christlichen Zeugen-Eides leisten zu dürfen, weil ihm erstere Form nicht christlich genug erscheine und sein Gewissen beunruhige. Hiergegen protestirte der Staatsanwalt, wonach der Gerichtshof den, bei seiner Weigerung Verharrenden in eine Strafe von zehn Thalern nahm und ihn für den vorliegenden Fall als Geschworenen zurückstellte, wogegen er in einigen kommenden Fällen vom Staatsanwalt großmüthig abgelehnt wurde. Am 3. Tage der Sitzung wurde das Urtheil über den Kaufmann Pohl nebst 3 Genossen aus Sagan, welche im November v. J. einen bewaffneten Zug nach Breslau versucht hatten, gefällt. Die Geschworenen vernahmten die Frage wegen Hochverrathes, sprachen dagegen das Schuldig wegen Aufbruches gegen Pohl und seine Hauptgenossen, den Stubenmaler Langner aus, wogegen die beiden andern Genossen freigesprochen wurden. Pohl ward hierauf zu 2, Langner zu 1 1/2 Jahren Zuchthausstrafe verurtheilt. Für die dritte Periode des hiesigen Schwurgerichtes sollen bereits einige ziemlich schwere Verbrechen vorliegen, wonach die Geschworenen-Sitzungen sich auch hier öfterer wiederholen dürften, als man anfänglich annahm. Möchte bis dahin im Schwurgerichtes-Gelege die aus dem Code Napoleon leider weggelassene Befugnis der Geschworenen, wonach sie selbstständig für mildernde Umstände stimmen können, wiederhergestellt sein. Es zeigte sich auch hier diese Lücke im neuen Gesetz nicht minder als das mitunter noch allzu hohe Strafmaß sehr störend.

— **r = Groß-Glogau, 20. Novbr.** [Heimkehr. — Musikalisches. — Vermischtes.] Gestern Nachmittag gegen 1 Uhr rückte die aus dem badischen Feldzuge zurückkehrende Gpfündige Fuß-Batterie Nr. 22, zur II. Abtheilung der 5. Artillerie-Brigade gehörig, wieder hier ein. Diese Batterie wurde im April 1848 mobil gemacht, kantonirte anfangs bald dies- bald jenseits der Oder in den umliegenden Dorfschaften, rückte später nach Beuthen a. O., von da nach Bunzlau, später über Görlitz vor Dresden, wo dieselbe zur Zeit des dortigen Aufstandes nur beobachtungsweise verwendet wurde. Den thätigsten Antheil nahm die Batterie an dem Feldzuge in Baden, namentlich bei der Belagerung von Kastatt unter der Führung des Hauptmanns Lenke. — Die heimkehrenden Krieger, welche fast sämmtlich mit dem Bande der badischen Kriegsdenkünze decorirt waren, wurden von dem ihnen entgegengeeilten Geschütz mit Kanonen-

Schüssen begrüßt, überhaupt war von Seiten der Garnison ein feierlicher, herzlicher Empfang vorbereitet. In dem nahen Dorfe Roschwitz wird die Batterie demobil gemacht; heut werden die Mannschaften bewirthet und ein Ball wird die Feier der Heimkehr beschließen. Ungefähr 60 Pferde werden durch die Demobilmachung dieser Batterie künftigen Freitag zum öffentlichen Verkauf gestellt. — Von unserem, hier vor wenigen Tagen neu gebildeten Instrumental-Musikverein, welcher sich zur Aufgabe stellt, nicht nur selbstständig, sondern auch in Verbindung mit dem Frauen-Gesangsverein und der Liedertafel größere Tonwerke zur öffentlichen Aufführung zu bringen — nächstens mehr. Das Resultat des ersten Zusammenwirkens des Frauen-Gesangsvereins und der Liedertafel — ein gemischter Chor von nahe an 90 Sängern — war ein recht günstiges zu nennen. Haydn's Jahreszeiten, und zwar die ersten Chöre aus dem „Frühlinge“ waren der Probstein. — Kreisgerichtsath Thurner feierte vorgestern in gewohnter Rüstigkeit sein 50jähriges Dienstjubiläum und wurde demselben der Ehrenbürgerbrief der Stadt Glogau überreicht. — Die, vor Kurzem von der Expedition des Niederschlesischen Anzeigers veranlaßte Sammlung zum Besten der unglücklichen Familie des Prof. Kinkel, hat erprieslichen Fortgang; bis jetzt sind eingegangen über 40 Rthl.

Mannigfaltiges.

— (London.) „*Bristol Times*“ geben eine Beschreibung des in Bristol von Paterfon gebauten deutschen Kriegsdampfschiffes „*Inca*“, und seiner ersten Probefahrt. Das Schiff ist 167' lang, 27' 6" breit, 14' tief, hält 628 Tonnen (alten Gewichts), und trägt Schooner-Ladung. Aus 65 Mann, außer den Offizieren, wird die Besatzung bestehen. Seine beiden Maschinen sind von Miller, Ravenhill und Comp.; sie haben Schwung-Cylinder, doppelte Kessel und folglich auch zwei Röhren. Von alten anwesenden Sachverständigen wurde die Arbeit der Maschinen, welche mit fast unbemerkbarer Erschütterung vor sich ging, gerühmt. Ihre Schaufelräder sind kleiner als gewöhnlich und zwar nach Morganscher Konstruktion mit excentrischer Bewegung, welche den Vortheil hat, daß die ganze Kraft auf das Vorwärtstreben gerichtet ist, ohne viele Seitenwellen zu werfen. Das Schiff wurde von Kapitain Neuß befehligt. Ein sehr starker West-nordwestwind oder vielmehr Sturm trieb häufig Schlag- und Sprünge bis aufs Verdeck, so daß es fast fortwährend unter Wasser war, dennoch machten die Räder 29 Schwingungen in der Minute, legte 6 1/2 Knoten stündlich zurück, während mehrere Segelschiffe in gleicher Richtung kaum vorwärts kamen. Diese nach dem einstimmigen Urtheil der Experten sehr „lebendige“ Haltung des Schiffes gereichte übrigens seinen Erbauern eben so sehr zur Ehre und Freude, als seinen Passagieren zur Unbequemlichkeit. Bei der Rückfahrt machte es 39 (engl.) Meilen in 3 1/4 Stunden, d. h. 11 1/2 Knoten. Auch die Londoner Times macht dem „*Inca*“, in einem Leitartikel einige graziose Komplimente.

[Berichtigung.] In dem Artikel: Verhandlungen der Stadtverordneten-Versammlung v. Beil. 3 zu Nr. 271 d. Zeitung muß es in der zweiten Spalte der Seite 2947 Zeile 44 von oben statt „ein Drittel“ heißen „zwei Drittel“.

Berichtigung.

In der Bekanntmachung des Magistrats vom 20. November c. (gestr. Zeitung) ist in dem 5. Absätze „bedeuten“ statt „unbedeutenden“ zu lesen.

Btte um Unterstützung.

Während im Jahre 1846 am 1. Mai unserer Stadt durch ein Brandunglück 22 Scheuern verloren gingen, wurden wir leider gestern Abend in der achten Stunde wieder mit einer ähnlichen großen Feuersbrunst heimgesucht. Vor dem politischen Thore standen in kurzer Zeit 22 Scheuern in Flammen. An Rettung war nicht zu denken, da die Flammen so rasch um sich griffen und die Muth so bedeutend war, daß man sich den brennenden Scheuern nicht nähern konnte. — Wenn nun bei dem ersten Feuer noch einiger Trost darin zu suchen war, daß wir damals im Beginn des Frühjahres standen und die Scheuern größtentheils leer waren, fehlt uns heute dieser Trost: — in banger Sorge sehen eine große Anzahl Familienhäupter der Zukunft entgegen, denn die Scheuern waren seit der so drangvollen Erntezeit das erste Mal durch die gesegnete Ernte ansehnlich angefüllt, alles ist verloren und der Winter vor der Thüre. — Die Verunglückten, größtentheils bei dem gedrückten Zustande der Gewerbe, nur vom Ackerbau lebend, sind dadurch in die größte Noth, manche in tiefe Armuth versetzt und wissen nicht, wie sie ihre Familien und ihre Viehbestände werden erhalten können. Hilfe und baldige Hilfe ist nöthig; wir bei dem bedrängten Zustande unserer Gemeinde, können nur sehr wenig helfen, und es bleibt uns nur das Vertrauen auf unsere Mitbrüder im lieben Vaterlande, die uns mit ihrer Hilfe in der traurigen Periode der Hungerpest so treu beigekunden haben. In diesem Vertrauen nun bitten wir in die **Verunglückten mit milden Gaben zu unterstützen.** Auch die geringste Gabe wird von uns mit großem Dank angenommen und gewissenhaft zur Vertheilung gebracht werden.

Pfetz, den 16. November 1849.

Der Magistrat.

Sowade. Gierlich. Stutsch. Rehowski. Muhr. Zur Annahme gütiger Beiträge für die Verunglückten und öffentlichen Rechnungslegung darüber ist sehr gern bereit: **die Expedition der Breslauer Zeitung.**

Theater-Nachricht.

Donnerstag den 22. Novbr. Bei aufgehobenem Abonnement. Benefiz für **Fräulein Schelle**. Zum ersten Male: **„Ziel Arm um nichts.“** Lustspiel in 3 Akten von W. Schaferspeare, für die deutsche Bühne eingerichtet von R. v. Holtei. Personen: Don Pedro, Prinz von Aragon, Herr Guinand. Don Juan, sein Halbbruder, Herr Ladday. Claudio, ein florentinischer Graf, Herr Hiltl. Benedikt, ein Edelmann aus Padua, Herr Baumeister. Leonato, Gouverneur, Herr Keller. Antonio, dessen Bruder, Herr Clausius. Hero, Leonato's Tochter, Frau Stoh. Beatrice, seine Nichte, Fräulein Schelle. Margarethe, Kammerfrau, Frau Wiedermann. Ursula, Kammerfrau, Fräulein Kuprich. Borachio, Herr Schöbel. Conrad, Herr Mosewius. Ambrosius, Gerichtsmann, Herr Stoh. Cyprion, Gerichtsmann, Herr Moritz. Ein Schreiber, Herr Hillebrand. Drei Wächter: Herr Puschmann, Herr Knebel, Herr Stephan. Franziskus, ein Mönch, Herr Kläger. Ein Bote, Herr Zimmermann. — Hierauf: **„Arie aus der Oper „Die Zigeunerin“ von Balfe, vorgetragen von Fräulein Babnigg. — Dann: Konzert des Herrn Smolar, Klavier-Virtuos aus Prag. a) Fantasie aus „Lucia von Lammermoor“ von Franz Liszt. b) Ungarische Melodien von Franz Liszt. — Zum Schluss: Mimisch-plastische Darstellungen, ausgeführt von Fräulein Schelle. 1) „Der Wahnsinn.“ 2) „Die Träumerin.“ 3) „Die Furcht.“ 4) „Die Dummheit.“ 5) „Der Schmerz.“ 6) „Die Betende.“**

Freitag den 23. Novbr. 48te Vorstellung des Abonnements von 70 Vorstellungen. **„Die weiße Frau im Schlosse Wewel.“** Große Oper in 3 Aufzügen, Musik von Meyerbeer.

K. 22. XI. 7. Conf. u. R. □ 1.

(Statt jeder besondern Meldung.)

Als Verlobte empfehlen sich:

Natalie Hirschberg.

Dr. Hermann Berliner.

Gr. Slogau u. Gnesen, den 15. Nov. 1849.

Soldine Spiegel,

Meyer Bandmann,

Verlobte.

Breslau. Mittlisch.

Ihre eheliche Verbindung zeigen an:

Emanuel Becker, Amtmann.

Sophie Becker, geb. Schubert.

Gnischwitz, den 20. November 1849.

Entbindungs-Anzeige.

Die heute Nachmittag 1 Uhr glücklich erfolgte Entbindung meiner lieben Frau, Auguste, geb. Fiebig, von einem Knaben, zeige ich hiermit Verwandten und Freunden ergebenst an.

Breslau, den 21. November 1849.

Wilhelm Römhild.

Entbindungs-Anzeige.

Die heut früh um halb 9 Uhr erfolgte glückliche Entbindung seiner geliebten Frau Sophie, geb. Schück, von einem gesunden Knaben, zeigt ergebenst an:

Palm, Gymnasial-Lehrer.

Breslau, den 21. November 1849.

Konzert = Saal

Café restaurant.

Heute Donnerstag, den 22. Nov.: Großes

Abend-Konzert

der Breslauer Musikgesellschaft.

Entree à Person 2 1/2 Sgr. Anfang 7 Uhr.

General-Versammlung zur Constituirung des jüdischen Vereins

Donnerstag den 22. d., Abends 7 1/2 Uhr, im Saale des jüdischen Gemeinde-Hauses. Berathung des Programms und der Statuten.

Die Einfindung der Beiträge für den Jungfrauen-Verein werden bis zum 1. Dezember d. J., Herrenstraße Nr. 1, 2 Treppen, erbeten.

Gesuch.

Ein militärsfreier, gebildeter, junger Mann, der die Landwirtschaft erlernt, sucht baldigst, spätestens Termin Weihnachten, einen Posten als Wirtschaftsschreiber oder Beamter, wo möglich auf einem recht großen Gute. Da sich derselbe noch mehr ausbilden will, so wird nicht so sehr auf allzu großes Gehalt, als auf eine humane und gute Behandlung gesehen. Geneigte Offerten bittet man unter der Adresse A. B. S. poste restante Canth baldigst einfinden zu wollen.

10 Rtl. Belohnung.

Derjenige, der mir zur Wiedererlangung der aus meinem Brauhause, Kupferschmiede-straße 14, in der Nacht vom 20. zum 21. November d. J. gestohlenen kupfernen Bierpumpe mit messingnem Abzugshahn nebst kupfernem Anstichrohr von 12 Fuß Länge behülflich ist. Vor dem Ankauf wird gewarnt.

G. Pfingst.

Ein erfahrener Wasserarzt wird für den Verein der Wasserfreunde in Stettin gesucht und demselben ein anständiges Einkommen zugesichert. Näheres bei dem Kaufmann Herrn Philipp Löwer in Stettin.

In allen Buchhandlungen ist auf Bestellung zu haben aus dem Kommissions-Verlage von **Graf, Barth u. Comp. in Breslau:**

Wachler, königl. Hütten-Inspektor in Malapane, die Eisen-Erzeugung Oberschlesiens.

hoch 4. geh. Preis 25 Sgr. Inhalt: Vorwort. Allgemeine Bemerkungen über den Eisenhütten-Betrieb in Oberschlesien. Nachweisung der im Bezirke der königl. Regierung zu Oppeln befindlichen Eisen-Hütten-Werke, deren Benennung, Besitzer, Fabrikation und Fabrikzeichen, nach den Kreisen zusammengestellt für das Jahr 1846. — Tabellarische Uebersicht der sämtlichen Eisen-Hütten-Werke unter Angabe deren Besitzer, Produktions-Quantas, Betriebskraft, so wie zu verarbeitende Haupt-Materialien in Oberschlesien.

Dessen, die Eisen-Erzeugung Niederschlesiens und der Grafschaft Glatz.

hoch 4. geh. 15 Sgr. Inhalt, wie vorstehend bei Oberschlesien, nur daß derselbe den königl. Regierungs-Distrikt Breslau und Liegnitz, oder die Provinz Niederschlesien umfaßt.

Dessen, die Eisen-Erzeugung Oberschlesiens, in Beiträgen zur praktischen Eisenhütten-Kunde, oder Mittheilungen aus dem Gebiete des praktischen Eisenhütten-Wesens mit besonderer Bezugnahme auf Oberschlesien.

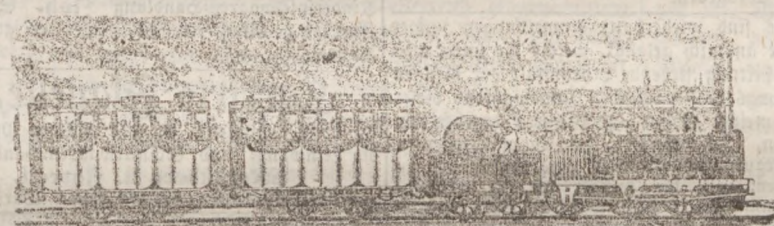
Der Sammlung 3. Heft. Mit 9 Tafeln Abbildungen. hoch 4. geh. 1 Rtl. Inhalt: Vorwort. 1. Ueber die zu Malapane in Oberschl. gemachten Erfahrungen und Versuche, die Anlage eines besonderen Schöpfherdes bei den Eisen-Höfen betreffend. — 2. Ueber die ebendasselbst zuerst in Anwendung gebrachten aufeisernen Hammergerüste u. deren weiteren Einführung. — 3. Ueber die Anwendung der erhigten Luft bei dem Hochofen zu Malapane. — 4. Ueber die Anwendung des heißen Windes bei Schmiede- und Frischfeuern. — 5. Allgemeine Bemerkungen über die durch Einführung des erhigten Windes hervorgerufenen Veränderungen bei den verschiedenen Eisens, Schmelz- und Frisch-Prozessen, mit besonderer Bezugnahme der auf den ober-schlesischen Eisen-Hütten-Werken und namentlich in Malapane gemachten Betriebs-Erfahrungen. — 6. Ueber die Anwendung des erhigten Windes bei der deutschen und insbesondere bei der in Oberschlesien üblichen Frischmethode. — 7. Ueber die Beschaffenheit des bei heißer Gebläseluft erblasenen Roheisens, sowie bei heißer Gebläseluft im Herde gefrichteten Stabeisens in Oberschlesien. — 8. Randbemerkungen zur Beantwortung der Eisen-Schulfrage in Betreff auf Oberschlesien. — 9. Ueber die Anfertigung von Hartwalzen aus Gußeisen auf dem königl. Eisen-Hüttenwerk zu Malapane.

In der Haspelschen Buchhandlung in Schwab. Hall ist erschienen:

Jesuiten-List und Jesuiten-Mänke.

Eine Enthüllung der größten Verbrechen und Gräueltaten, welche von den Jesuiten in allen Ländern und zu allen Zeiten verübt worden. Preis nur 15 Sgr.

Von diesem höchst interessanten Buche sind binnen Kurzem 3000 Exemplare abgesetzt worden. Vorräthig in der Buchhandlung von A. Schulz u. Comp. in Breslau, Altstädter-straße Nr. 10, an der Magdalenenkirche.

**Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn.**

Die Herren Aktionäre werden zu einer auf Freitag den 14. Dezember d., Nachmittags 3 Uhr, im hiesigen Börsenlokale anberaumten außerordentlichen General-Versammlung ergebenst eingeladen. In derselben soll verathen und beschlossen werden:

- 1) ob und in welcher Art wegen des Ablaufs der Coupons und Dividendenscheine die §§ 20 und 21 des Statutes, betreffend die Ausfertigung der Zinskoupons und Dividendenscheine, abgeändert werden sollen?
- 2) ob und unter welchen Bedingungen in Folge neuerlichen Erlasses Seitens des königl. Ministerii der Bau der Bahnstrecke von Schweidnitz nach Reichenbach von der Gesellschaft unternommen und ob und welche Vollmacht dem Direktorii der Gesellschaft zur Ausführung des zu fassenden Beschlusses, in Sonderheit zur Unterhandlung und Abschließung eines Vertrages mit der königlichen Staats-Regierung und zur Errichtung eines etwa erforderlich werdenden Statuten-Nachtrages erteilt werden solle?

Diesem Herren Aktionäre, welche der Versammlung beiwohnen wollen, haben nach § 29 des Statutes ihre Aktien spätestens am 13. Dezember d., bis 6 Uhr Abends, im Bureau der Gesellschaft vorzuzeigen oder auf eine genügende Weise (eten am dritten Orte erfolgte Niederlegung nachzuweisen, zugleich aber ein mit der Namens-Unterschrift versehenes Verzeichniß dieser Aktien in zwei Exemplaren zu übergeben, von denen das Eine mit dem Siegel der Gesellschaft und dem Vermerke der Stimmzahl versehen, als Einlaß-Karte zu der Versammlung dient.

Breslau, den 19. November 1849.

Der Verwaltungsrath der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn-Gesellschaft.**Die Berliner allgem. Wittwen-Pensions- u. Unterst.-Kasse**

beginnt mit dem 1. Januar 1850 ihr 27stes Semester. Ihr Vermögen beträgt jetzt gegen 280,000 Rtl., die Zahl der Wittwen (welche zusammen fast 12,000 Rtl. jährl. Pension genießen) weit über 100, und die Anzahl der Mitglieder beinahe 1000, welche ihren Frauen zusammen über 106,000 Rtl. jährl. Wittwenpension und 26,500 Rtl. Begräbnissegelder gesichert haben. Anmeldungen und Beiträge werden von mir befördert und Reglements à 3 Sgr. verabfolgt. Breslau, den 20. November 1849.

J. Müllendorff, Taschenstr. Nr. 28.

Das vom Staat errichtete und von den Landständen garantierte badische Staats-Eisenbahn-Anlehen von 14,000,000 Gulden, ist rückzahlbar durch Gewinne von 14 mal 50,000, 54 mal 40,000, 12 mal 35,000, 23 mal 15,000, 2 mal 12,000, 55 mal 10,000. — Die geringste Prämie ist fl. 42. Die nächste Verlosung findet am 30. Novbr. 1849 statt, und sind hierzu beim unterzeichneten Handlungshaus Originalloose für alle Ziehungen gültig à 20 Thlr., und für die bevorstehende allein à 1 Thlr. zu erhalten. Dieses solide Anlehen kann Jedem empfohlen werden, der Fortuna auf billige Weise versuchen will.

Julius Stiebel jun., Banquier. Bureau: Bollgraben in Frankfurt a. M. Solide Männer, die eine Agentur zu übernehmen gesonnen sind, erhalten einen annehmbaren Rabatt.

Kurfürstliches Staats-Anlehen von 6,725,000 Thalern.

Neunte Prämien-Verlosung. Ziehung am 1. Dezember in Kassel. Haupt-Prämien: 56,000 fl., 14,000 fl., 7000 fl., 3500 fl., 2 à 1750 fl. u. c. c. Geringste Prämie 96 fl. Ganze Aktien für diese Verlosung à 2 preuß. Thlr., halbe à 1 preuß. Thlr. sind bei dem unterzeichneten Handlungshause zu beziehen. Pünktliche Einfindung der amtlichen Ziehungsliste wird zugesichert. Auch habe ich noch eine Anzahl badischer Aktien für die am 30. November stattfindende Ziehung zu den bekannten Preisen abzugeben.

Moritz J. Stiebel, Banquier in Frankfurt a. M.

Barinas-Blätter

von ausgezeichneter Güte, das Pfund zu 12 Sgr., 5 Pfd. für 55 Sgr. empfiehlt: Herrmann Steffe, Reusche Straße 63.

Steckbrief.

Der nachstehend näher bezeichnete Zimmergefell Johann Karl Dolling ist wegen vorläufig schwerer Körperverletzung und Beschädigung fremden Eigenthums aus Boshheit und Rache außerordentlich zu einer achtzehnmönatlichen Zuchthausstrafe verurtheilt, und hat sich von hier entfernt, ohne daß sein gegenwärtiger Aufenthalt zu ermitteln gewesen ist.

Es werden alle Civil- und Militär-Behörden des In- und Auslandes dienstergebenst ersucht, auf denselben zu vigiliren, im Betretungsfalle festzunehmen, und mit allen bei ihm sich vorfindenden Gegenständen und Geldern mittelst Transports an die hiesige Gefängniß-Expedition abliefern zu lassen. Es wird die ungesäumte Erstattung der dadurch entstandenen baaren Auslagen und den verehrl. Behörden des Auslandes eine gleiche Rechtswillfährigkeit versichert.

Breslau, den 20. November 1849. Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung für Strafsachen.

Signalement des Zimmergefellens Johann Karl Dolling: Alter, 29 Jahre; Religion, evangelisch; geboren zu Adorf in Sachsen; Größe, 5 F. 4 Z.; Haare, braun; Augen, grau; Augenbraunen, braun; Kinn, rund; Gesichtsbildung, länglich; Gesichtsfarbe, gesund; Nase und Mund, gewöhnlich; Bart, braun; Zähne, vollständig; Gestalt, mittel; Sprache, deutsch. — Bekleidet war er mit einem braunen Tuchrock, braungefärbten Hosen, schwarzer Zuchtweste, leinenem Hemde, schledernen Stiefeln, schwarzer Binde und schwarzem Hüt.

Steckbrief.

Der Ziegeleimeister Johann Gottlieb Fiebig aus Nieder-Herzogswaldau, welcher sich bei uns wegen mehrerer gewaltsamer Diebstähle und Räubereien in Untersuchung befindet, und der Tagelöhner Oswald Leberecht Krause aus Prinkendorf, welcher wegen gewaltsamer Diebstähle in erster Instanz zu 6 Jahren Zuchthaus verurtheilt ist, haben sich in letztverworfener Nacht durch die Thüre ihrer Haft entzogen. Alle Civil- und Militär-Behörden ersuchen hiermit wir ergebenst, auf die unten signalisirten, im höchsten Grade gemeingefährliche Verbrecher Fiebig und Krause sorgfältig vigiliren, dieselben im Betretungsfalle sofort verhaften und unter sicherer Bedeckung an unsere Gefangenen-Inspektion abliefern zu lassen. Kosten werden erstattet. Zu Gegenständen sind wir jederzeit bereit.

Liegnitz, den 18. Novbr. 1849. Königl. Kreis-Gericht. I. Abtheilung.

(gez.) Lühe.

Signalement des Johann Gottlieb Fiebig: Geburtsort, Groß-Pohlwitz; Aufenthaltsort, Niederherzogswaldau; Religion, evangelisch; Alter, 41 Jahr; Größe, 5 Fuß 3 Zoll 2 Strich; Haare, schwarzbraun; Stirn, hoch; Augenbraunen, schwarz und schwach; Augen, blau-grau; Nase, spitz; Mund, gewöhnlich; Bart, Stachelsbart und schwachen Backenbart, schwarz; Zähne, hinten fehlerhaft; Kinn, oval; Gesichtsbildung, rund; Gesichtsfarbe, gesund; Gestalt, stark, muskulös, untersezt; Sprache, deutsch. Besondere Kennzeichen, in der rechten Schlafgegend eine Schramme. — Bekleidung: einen grünen Tuchrock mit schwarzem Merino gefuttert und überzogenen seidenen Knöpfen; eine alte rothgeblumte Zeugweste, ein Paar braun und blaue gestreifte Hülfsklingenhosen, eine zeugne Unterziehhose, ein braun gefärbtes Lattunenes Halstuch, bunte Gurthosenträger mit braunen Lederstreifen, ein Paar alte wollene Socken, schlederne Halbstiefeln, parcentne Unterziehhosen, eine grüne Tuchmütze mit Sechshundfell besetzt, ein neues weißleines Hemde, ein Paar grün wollene Handschuh mit roth und gelber Wolle besetzt.

Signalement des Oswald Julius Leberecht Krause: Geburtsort und Aufenthaltsort, Prinkendorf; Religion, evangelisch; Alter, 24 Jahr; Größe, 5 Fuß 3 Zoll; Haare, blond; Stirn, schmal, niedrig; Augenbraunen, blond; Augen, braungrau; Nase, spitz; Mund, klein; Zähne, vorn vollständig; Kinn, rund; Gesichtsbildung, lang oval; Gesichtsfarbe, gesund; Gestalt, stark untersezt; Sprache, deutsch. — Bekleidung: schwarze runde Tuchmütze mit Schirm, roth und blau gegitterte Zeugjacke, schwarze Lederhosen an Strümpfenband, weißparcentne Unterhosen, schwarzer Lederputz, schwarze Tuchweste, rothwollener Schal, rothlattunenes Schnupftuch, 2 Hemden, Halbstiefeln, grünwollene Socken, schwarzer Tuchrock.

Holzverkauf.

Auf dem Gemeindegute Nieder-Stephansdorf, Kreis Neumarkt, sollen am Freitag, den 30. November d., Vormittags 9 Uhr, die für das Jahr 1849/50 zum Abtrieb kommenden Hölzer, bestehend in Buchen, Eichen, Birken, Kiefern, Kuz- und Brennholzern, desgleichen in Strauchholzern, größtentheils auf dem Stamme meißelnd bei einer baaren Anzahlung von einem Drittel des Gebotes verkauft werden.

Kauflustige wollen sich an gedachtem Tage bei dem Förster Werner dafelbst einfinden.

Breslau, den 11. November 1849. Die städtische Forst- und Oekonomie-Deputation.

Ein Billard von Eypenholz und eine große Rirschpreffe stehen zum billigen Verkauf: am Neumarkt Nr. 19, im Schanklokal.

